

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verordnungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 26. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Auf allerhöchsten Befehl.

Es wird uns geschrieben:

Das kaiserliche Statistische Amt hat soeben eine kleine populäre Schrift herausgegeben, die den stolzen Titel führt: „Die deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts“. Der Gedanke, am Schlusse eines wirtschaftlich so bedeutungsvollen Jahrhunderts die Struktur und die Fractionen des wirtschaftlichen Körpers zu fixieren, muß allseitig Anlauf finden; für den Direktor des Statistischen Amtes mußte es daher — so sollte man annehmen — eine verlockende Aussicht gewesen sein, auf Grund des reichen, ihm zur Verfügung stehenden Materials als Mann der Wissenschaft, aber auch nur als solcher, den Gedanken zu verwirklichen. Herr v. Scheel hat indessen die auf seine Autorschaft gesetzten Erwartungen nicht voll erfüllt. Wir halten uns für verpflichtet, unsere Ausstellungen an der auch aus interessierenden Publikation so offen wie möglich auszusprechen, weil das grüne Heft in der Politik wie im Wirtschaftsleben viel zu Informations- und Beweiszwecken benötigt werden wird. Man wird es auch in Arbeiter-, besonders in Gewerkschaftskreisen verwenden müssen und man wird es ob seiner wissenschaftlichen Einleitung gleichsam als einwandfrei betrachten.

Dieser Wertschätzung des Büchleins muß widersprochen werden. Unser Widerspruch würde weit milder ausfallen, wenn Herr von Scheel sich darauf beschränkt hätte, seine populäre Publikation nur auf die unter seiner Leitung festgestellten Ergebnisse der amtlichen Reichsstatistik zu gründen. Herr v. Scheel ging aber über diesen Rahmen hinaus, vielleicht um dem stolzen Titel des Buches gerecht zu werden, vielleicht aus andren Gründen: kurz, er stützte sich auch noch auf andre Quellen, die nach seiner Auffassung „vertrauenswürdig“ sind. Dahin gehören namentlich die Ergebnisse der im Reichsamt des Innern ausgenommenen Produktionserhebungen. Daß sich Herr v. Scheel bequemt hat, diese Ergebnisse, für die die einfachsten Anforderungen wissenschaftlicher Vertrauenswürdigkeit fehlen, in seinem Werk sich zu eigen zu machen, ist die eine große Unverständlichkeit, der wir bei der Lektüre des Werks begegneten.

Wissenschaftlichen Ansprüchen entspricht der Direktor des kaiserlichen Statistischen Amtes ferner nicht, sobald er sich auf den Jagdgründen der Agrarier bewegt, wo er den Verbrauch an Getreide und Fleisch pro Kopf der Bevölkerung feststellt und untersucht, ob das deutsche Volk auf den Import angewiesen ist oder nicht. Um den Agrariern möglichst weit in der Beurteilung der Frage entgegenzukommen, ob und inwiefern die deutsche Landwirtschaft den Bedarf an Getreide decken kann, hat Herr v. Scheel die früheren Ernteschätzungen durch die Gemeinden, die bisher von der amtlichen Statistik veröffentlicht wurden, fallen lassen und führt an ihrer Statt bis 1893 rückwärtsdatierend die Ernteschätzungen der besonderen landwirtschaftlichen Sachverständigen ins Treffen, die für sämtliche Jahre eine wesentlich höhere Ernte angeben als die Berichte der Gemeinden. Auf Grundlage dieser agrarisch recht erfreulichen Aenderung der Rechnungsweise springt dann ein Resultat heraus, das den nötigen Getreide-Import viel schwächer erscheinen läßt, als es nach den Ergebnissen der früheren amtlichen Erntestatistik der Fall gewesen wäre. Noch zipperlicher ist Herr von Scheel bei der Entscheidung der Frage, ob Fleischimport nötig sei. Er stellt fest, daß der inländische Fleischbedarf dauernd eine Ergänzung durch Zufuhr vom Ausland „erfährt“; er meint, es würde ungefähr 1/3 des Bedarfs vom Ausland geliefert werden. Diese bescheidene Andeutung einer Importnotwendigkeit reut aber den Verfasser alsbald wieder und an einer späteren Stelle schreibt er mit Bezug auf diese Andeutung, daß er eine Vermutung ausgesprochen habe, die er aber durch Wiederholung nicht bekräftigen wolle. Wie vorsichtig und objektiv, wo es sich um die Streiffragen mit den Agrariern handelt, wie weitherzig und nachsichtig, wo die statistischen Privatarbeiten des Reichsamtes des Innern in Frage stehen.

Die wissenschaftliche Objektivität hat den Direktor des Statistischen Amtes sicherlich auch davor bewahrt, der Arbeiterklasse in seinem Werke die ihr für die deutsche Volkswirtschaft zukommende Rolle anzuweisen. Kann man sich eine Schilderung der Volkswirtschaft am Ende des neunzehnten Jahrhunderts für ein modernes Industrieland vorstellen, ohne daß die wirtschaftliche Stellung und das Wachstum der Arbeiterklasse eine inhärent und räumlich hervorragende Rolle spielte? In dem Buche des Herrn von Scheel sucht man vergeblich nach einer statistischen Behandlung der Arbeiterfrage, die dem öffentlichen Leben Deutschlands während der letzten Jahrzehnte doch den Stempel aufgedrückt hat. Herr von Scheel weiß die Bedeutung des Unternehmertums geschickt in den Vordergrund zu rücken, aber für die Bedeutung der Arbeiterklasse verrät er sein doch sicherlich dafür voraussetzendes Verständnis nur in einer für ihn allerdings beschämenden Weise. Gleich zu Beginn der Schrift setzt er auseinander, daß es in jeder Volkswirtschaft Arbeitende und Nichtarbeitende gebe. Die Nichtarbeitenden teilt er in drei Kategorien: 1. Kinder, 2. Greise und 3. solche, die „trotz physischer Geeignetheit zu träge oder böswillig“ sind, um nützliche wirtschaftliche Arbeit zu thun! Und das schreibt der Direktor eines Statistischen Amtes, der

vor kurzer Zeit erst selbst zwei Arbeitslosen-Aufnahmen geleitet hat. Will denn der Herr Direktor etwa mit seiner Einteilung sagen, daß sämtliche Arbeitslosen, die damals ermittelt wurden, zu den Trägern und Böswilligen gehören, die nicht arbeiten wollen? Wir gestehen offen, daß wir die Einteilung des Herrn v. Scheel in seiner neuesten Publikation lieber gar nicht ernst nehmen wollen.

Das in seinen Tabellen meistens gute, in seinem textlichen Inhalt zum Teil recht schwache Buch können wir uns nur so erklären, daß Herr von Scheel es nicht aus eigener Initiative schrieb. Das entschuldigt den Vetter des Statistischen Amtes zwar nicht, erklärt aber den eigentümlichen Inhalt der Schrift. Das Büchlein ist nämlich entstanden: auf allerhöchsten Befehl. Der Kaiser hat unter Anerkennung für die hervorragende Leistung des Amtes anläßlich des Abschlusses der Berufs- und Gewerbezählung vom Jahre 1895 geäußert, es würde sich empfehlen, die wichtigsten Resultate der Arbeit in einer kürzeren gemeinverständlichen Form zusammenzufassen und zu veröffentlichen, um sie so der Allgemeinheit im weiteren Umfange nutzbar zu machen. Die Anregung war gut, die Ausführung ist mangelhaft. Bei aller äußerlich gewährten Objektivität spricht aus der Arbeit des Herrn v. Scheel der politische, wirtschaftliche und sociale Geist, wie er im Reichsamt des Innern, der unmittelbar vorgeordneten Behörde des Statistischen Amtes, weht. Der tüchtige Beamte hat sein wissenschaftliches Gewissen beschwichtigt. Diese Feststellung hat mehr als persönlichen Wert. Die bisher mit Recht hochangesehenen Leistungen untrer deutschen Reichsstatistik müssen an Vertrauenswürdigkeit verlieren, ihr praktischer Wert für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik wird erschüttert, sobald sich der Glaube festsetzen muß, daß die jeweilige Regierung in der Lage ist, die amtliche Statistik zu einer Helfershelferin ihrer augenblicklichen wirtschaftspolitischen Ziele auszunutzen zu können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juni.

Der Einbruch ins Reichsrecht.

den sich der Lübecker Senat geleistet hat, als er das Streikpostenwesen eigenmächtig unter Strafe stellte, findet bei den Juristen — mit Ausnahme natürlich des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes Niederding — keine Rechtfertigung.

Neuerdings schreibt der Greifswalder Jurist, Professor Stoerk in einer Zuschrift der „Eisenbahnzeitung“:

„Die Senats-Verordnung, die Personen, welche planmäßig zum Zwecke der Beobachtung oder Beeinflussung der Arbeiter einer Arbeitsstelle oder des Zugangs von Arbeitern zu einer Arbeitsstelle an einem öffentlichen Orte sich aufhalten“, unter Strafe stellen will, — kann ich vom Standpunkt des Reichsverfassungsrechts und des Verhältnisses zwischen Reichsrecht und Landesrecht als rechtsgültig nicht anerkennen. Sie widerspricht dem Mobilisationsprinzip des Strafgesetzbuchs und der Reichs-Gewerbe-Ordnung, indem sie eine Handlung oder ein Verhalten für strafbar erklärt, die jene ausdrücklich oder stillschweigend für straflos erklärt haben. S. v. Ligt, Lehrbuch des Strafrechts, 9. Auflage S. 91. fg.“

Es ist auch ganz verkehrt redigiert, weil sie in ihrer gegenwärtigen Fassung darauf hinausläuft, den Arbeitern, die sich an einem ausgebrochenen Streik beteiligen, den Aufenthalt auf der Straße überhaupt zu verbieten. Da der Begriff der „Planmäßigkeit“ eines Handelns keineswegs eine genossenschaftliche Verabredung mit andren voraussetzt, sondern jeder Arbeiter für sich planmäßig eine Beobachtung von Arbeitern einer Arbeitsstelle oder des Zugangs von Arbeitern vornehmen kann, so läme ein solches Verbot dem Verbot an jedem öffentlichen Orte sich aufzuhalten gleich, wozu im System des deutschen öffentlichen Rechts die Einzelstaatsgewalt nicht berechtigt ist. Man vergegenwärtige sich die Tragweite dieser Strafandrohung angesichts einer Arbeitsstelle, der Bediensteten der Straßenbahnen und man wird erkennen müssen, daß am letzten Ende dann jeder ins Straßenbahngewei fallende Punkt des Stadtbezirks und seiner Umgebung als „öffentlicher Ort“ dem Aufenthalt und dem Zugange eines Arbeiters verboten gelten könnte. Wenn die Kunst der Gesetzgebung als ars boni et aequi, die Kunst des Rechts und Billigen — so leicht wäre, dann hätte das grobe und zweischneidige Problem des Koalitionsrechts in den weiten Gebieten des Reichs, auch vor dem Hofstempel, längst eine sichere Lösung gefunden.“

Prof. Stoerk ist, wie man aus den letzten Bemerkungen ersieht, kein unbedingter Anhänger des Koalitionsrechts. Dennoch verbietet es ihm sein sachwissenschaftliches Gewissen, diesen flagranten Bruch des Reichsrechts zu beschönigen. Herr Niederding aber sieht immer noch keinen Anlaß, die Würde des Reichs gegenüber diesem einzelstaatlichen Attentat zu wahren.

Der Krieg in China.

Die Mächte haben sich bisher ängstlich gehütet, den Krieg an China zu erklären, indem sie behaupteten, durch Niederwerfung des Boxeraufstands der Mandschu-Dynastie nur einen Dienst zu leisten, einen Dienst, den nach Unterdrückung des Aufstands die Regierung dann durch eine von den Mächten zu bestimmende angemessene Belohnung bezahlen sollte. Daß die chinesische Regierung die Mächte um diesen Dienst gar nicht gebeten hatte, kümmerte diese weiter nicht. Daß die Mächte den Krieg gegen China unter der Flagge einer freiwilligen, ungelobenen Hilfsstruppe der Mandschu-Regierung führen und so lange als möglich zu führen suchen, mag seine Ursachen haben. Man will der

chinesischen Regierung goldne Brücken bauen, falls sie es doch für ratsam halten sollte, ernsthaft auf einen Frieden mit den Mächten hinzuwirken, während man von einer Kriegserklärung ein noch heftigeres Auflockern des Aufstandes und ein noch innigeres Hand-in-Hand-Gehen der Regulären und der Boxer befürchtet. Andererseits mag man nicht unbegründete Besorgnisse hegen, daß nach der offiziellen Kriegserklärung an China die bisher mit so viel Mühe aufrecht erhaltene Einigkeit der Mächte doch noch in die Brüche gehen möchte.

Es fragt sich nur, ob diese schlaue Diplomatie nicht durch den unerbittlichen Gang der Thatsachen schließlich doch vereitelt werden wird. Die Fiktion einer Hilfsaktion zu Gunsten der von den Boxern bedrohten Mandschu-Dynastie wird sich nur solange aufrecht erhalten lassen, als sie nicht durch die offensibaren Thatsachen allzusehr lägen gestraft wird. Schon jetzt kämpft bei Tientsin der Kern der chinesischen Regulären erfolgreich gegen die Mächte. Schon geht durch die englischen Blätter die Meldung, daß 80000 chinesische Soldaten sich dem Aufstand angeschlossen hätten und der ganze Norden des Riesentereichs sich gegen die Fremden erhoben habe. Erhalten diese Alarmnachrichten durch entsprechende kriegerische Ereignisse, durch die Vernichtung der Truppen in Peking und Tientsin, die Zurückverfung des Entsah-cors für Tientsin und den Ausbruch der Erhebung auch in Shanghai, Tschifu und anderwärts ihre Bestätigung, so werden auch die Herren Diplomaten trotz aller beruhigenden Meldungen der chinesischen Legationen und trotz der Berufung Si-Tung-Tschangs an den Hof in Peking sich der blutigen Sprache der Wirklichkeit nicht länger verschließen können.

Die Krisis in China hat bereits einen so bedrohlichen Grad erreicht, wie ihn die Mächte bei Beginn ihrer Aktion und gewisse Kenner Chinas noch vor wenigen Tagen für unmöglich gehalten hätten. Man bezeichnete die Boxer als feige Räuber, die einem ernstern Gegner nicht eine Stunde lang standhalten würden, und die chinesischen Truppen als nicht viel tapferer. Und wie liegen die Dinge in der That? Zusammen 10000 Mann der vereinigten Mächte kämpfen mit ausgezeichneter Tapferkeit gegen die Aufständischen, ohne daß man sich den geringsten Illusionen darüber hingeben könnte, daß es ihnen nicht gelingen wird, den Aufstand niederzuwerfen. Was aus den 4000 Mann in Peking geworden ist, darüber weiß man auch heute nicht das geringste. Die chinesischen Gesandten in Berlin, New York, Paris usw. versichern, daß die Legationen in Peking noch lebten und die Lage der internationalen Truppen in Peking ungefährdet sei, allein es ist doch sonderbar, daß die derartige beruhigende Erklärungen verbreitende Peking-Regierung ihre Nachrichten nicht durch Beifügung ähnlicher Erklärungen der internationalen Gesandten selbst hat bestätigen lassen! Die Befürchtung ist denn auch eine allgemeine, daß die fraglichen 4000 Mann bereits aufgerieben worden seien.

Der Kampf bei Taku, dessen Entstehung bisher etwas rätselhaftes hatte, gewinnt durch eine, allerdings unkontrollierbare Darstellung der „Daily Mail“ die Bedeutung eines Gliedes in einer Kette wohlgeplanter chinesischer Kriegsoperationen. Wie das genannte Blatt meldet, erhielt der Gouverneur von Schantung, General Jaunshihai, der 11000 nach europäischem Muster ausgebildete, mit Mauergewehren, Maschinengewehren und Feldartillerie versehene Truppen kommandiert, den Befehl, in Eile seine Truppen nach Peking zu dirigieren. Diese Bewegung rief den Angriff auf die Takuforts hervor, da am 16. Juni in Tientsin Befehle eintrafen, Sonderzüge abzulassen, um 7000 Mann dieser Soldaten und 80 Feldgeschütze nach Taku zu senden. Die fremden Befehlshaber verboten aber den Transport und besetzten mit einem Detachement Marine-soldaten den Bahnhof. Wenige Stunden später traf die Meldung ein, daß ein chinesisches Detachement nach Taku abmarschierte. Die fremden Befehlshaber avisierten darauf dem Kommandanten der Forts, daß sie, um eine Befegung der Forts durch diese Truppen zu verhindern, selbst von ihnen Besitz ergreifen würden, und daß dies, wenn nicht möglich in friedlicher Weise, mit Gewalt geschehen würde. Der Kommandant weigerte sich, worauf die Katastrophe eintrat. Diese für Taku bestimmten Truppen und der Rest der aus Taku entflohenen Garnison kämpfte nun bei Tientsin. Es seien im ganzen 8000 bis 10000 Mann.

Diese Darstellung klingt gar nicht so unwahrscheinlich. Unwahrscheinlich wäre es im Gegenteil gewesen, wenn der Kommandant von Taku, der nach den Schilderungen von der Erstürmung der Forts über kaum 1000 Mann verfügte, ganz auf eigene Faust das Bombardement auf die internationale Flotte eröffnet hätte. Soviel erscheint jetzt klar, daß der Kampf gegen die Mächte organisiert war, gleichviel, ob die Fäden der Organisation in Peking zusammenliefen oder anderwärts.

Ebenso wenig wie von den Truppen in Peking, weiß man, wie viel von den ursprünglich 3000 Mann starken internationalen Truppen in Tientsin gegenwärtig noch am Leben sind. Seit acht Tagen bereits kämpfen sie gegen die modern bewaffneten chinesischen Regulären den Verzweiflungskampf. Daß ihre Verluste schwere waren, wurde

wiederholt zugegeben. Die Gefahr, Kapitulation zu müssen, rückt für sie, die ihre Munition bereits erschöpft haben sollen, umso näher, als die Entschlossenheit ein- weilen als geschwächt angesehen werden müssen. Am 21. wurde ein 600 Mann starkes internationales Entsatzcorps durch weitere 2000 Mann, am 22. den Vormarsch zu erzwingen, mißlang. Weitere Nachrichten fehlen. Am 24. sind abermals 2000 Mann nach Tientsin abgegangen, so daß jetzt circa 4500 Mann einen dritten Entsatzversuch machen. Ob er diesmal gelingen wird?

Wenn wir keinen andren Maßstab für die Bedeutung der Krisis in China hätten, so würden ihn nun die Rüstungen der Mächte liefern. Daß 10 000 Mann der englischen Truppen in Südafrika nach China entsendet werden sollen, haben wir bereits mitgeteilt. Ferner sollen zwei Brigaden aus Indien nach Taku abgehen. Japan ist nach einer „Times“-Meldung bereit, seine volle Stärke einzusetzen, und zwar „in einem kräftigen Zusammenwirken mit jeder Macht, welche gleiche Interessen mit ihm habe und eine entschlossene Politik befolge, die auf die Wiederherstellung des Friedens und die Vermeidung des Uebergewichts irgend einer Macht gerichtet sei“. Und aus Amerika kommt ein Telegramm mit der ebenfalls etwas dunklen Meldung, die vom Kriegsamte getroffenen vorläufigen Maßnahmen seien in beispiellosem Umfange erfolgt und auf jede mögliche Eventualität in China berechnet. An Truppenüberfluß werden die Mächte trotzdem schwerlich denken, wenigstens giebt es in England Leute, die behaupten, daß zur siegreichen Beendigung des chinesischen Kriegs und zur völligen Wiederherstellung geordneter Zustände nicht weniger als 100 000 Mann erforderlich sein würden.

Die Kosten des chinesischen Abenteuers werden dem Truppen- und Schiffsaufgebot entsprechen. Frankreich hat die feinsten in einem bescheidenen Vorschlag auf 3/4 Millionen Frank beziffert. Vorschläge werden aber bekanntlich nur dazu gemacht, um überschritten zu werden. Auch Deutschland wird ein nettes rundes Stimmchen berappen müssen, das freilich noch winzig sein wird gegen die durch die chinesischen Zettelungen beschleunigte neue Flottenvorlage! —

Deutsches Reich.

Der chinesische Barbare und der europäische Kulturmann.

Man schreibt uns aus Hamburg: Der „Vorwärts“ teilte Anfang Januar d. J. einen Fall grausamer Mißhandlung eines chinesischen Schiffmanns durch den Kapitän des auf der Reede von Cuxhaven ankommenden englischen Steamers „Concho“ mit und schloß daran die Bemerkung: Hoffentlich werde das Schicksal in Menschengestalt seiner gerechten Strafe nicht entgehen. Wie diese „gerechte Strafe“ aussieht, ergibt sich aus folgendem:

Der „Concho“, der aus Indien kam, mußte am zweiten Weihnachtstage vor Cuxhaven Anker werfen. Der erste Steuer- mann beauftragte den Quatermeister, einen Chinesen, mit einigen Hautierungen an den Positionslaternen und verlegte dem Chinesen, als der die Arbeit etwas verzögerte, sofort einen Faustschlag ins Gesicht. Darüber beschwerte sich der Chineser bei dem gerade an Bord kommenden Kapitän William John Stod. Ohne ein Wort zu erwidern, packte der Kapitän den Beschwerdeführer, fesselte ihm die Hände kreuzweise, band ihn mit Hilfe des Steuermanns mit den gefesselten Händen an eine messigne Nellingssäule und bearbeitete ihn dann so lange mit einer dicken Aunte aus Nilsperdhaut, bis er vor Ermattung den Arm nicht mehr rühren konnte, wobei bemerkt werden muß, daß der Kapitän eine große, brutalgefunde Persönlichkeit ist. Der Chineser schrie und jammerte gottserbärmlich und flehte, ihn doch über Bord zu werfen, aber nicht mehr zu schlagen. Das rührte den europäischen Kulturhelden aber flüchtig, sondern als er sich einigermassen erholt hatte, begann er von neuem zur höheren Ehre des „heiligen Christentums“ seine Aunte auf dem armen Mongolen spielen zu lassen, und zwar so lange, bis dieser über und über von Blut triefte und losgebunden, sofort über Bord ging, um seine entsetzlichen Schmerzen in den eisalten Fluten der Elbe zu extrahieren. Der Elbloose, der sich an Bord befand und der grausamen Durchpeitschung des Chinesen zuschauen mußte, ohne einschreiten zu können, machte sofort nach Ankunft des Steamers im Hamburger Hafen der Polizei Anzeige, infolgedessen der Kapitän Stod sich jetzt vor der Strafkammer II des Hamburger Landgerichts zu verantworten hatte.

Die oben geschilderten Vorgänge wurden durch die Beweis- aufnahme unzweifelhaft festgestellt. Der Kapitän bestritt auch gar nicht die Durchpeitschung des Chinesen, die er damit entschuldigen wollte, daß er die „Disciplin“ habe aufrecht erhalten müssen. Er bestritt auch nicht, daß er die Chinesen unter seiner Mannschaft häufig zu züchtigen pflege, und entschuldigte das damit, daß man sich mit den Chinesen nicht anders verständigen könne, er bestritt nur, daß der Chineser infolge der Mißhandlung in den Tod gegangen sei. Er meinte vielmehr, derselbe sei von Bord gestürzt und lebe jetzt ruhig in seiner Heimat. Es wurde gerichtsfest festgestellt, daß die Leiche des Chinesen nicht gefunden ist. (Dabei muß bemerkt werden, daß danach auch nicht gesucht worden ist und daß der Chineser in der Höhe von Cuxhaven, also in der Mündung der Elbe in die durch Ebbe und Flut sehr bewegte Nordsee über Bord gegangen ist.)

Allerdings ist einige Zeit später elbauwärts ein Mongolen- schädel gefunden. Der Staatsanwalt glaubte, daß dieser derjenige des mißhandelten Chinesen sei und beantragte sechs Monate Gefängnis gegen den Kapitän Stod. Das Gericht hielt zwar eine „ganz außerordentlich rohe Mißhandlung“ für erwiesen, nicht aber unzweifelhaft festgestellt, daß der Chineser infolge der Miß- handlung den Tod gesucht habe. Es habe, sagte der Vorsitzende, wohl erwogen, ob nicht eine Freiheitsstrafe am Plage sei, habe aber doch davon absehen zu dürfen geglaubt und auf eine Geldstrafe von 1000 M. oder 100 Tage Gefängnis erlärnt. Der Kapitän erklärte, er wolle die Strafe sofort bezahlen, wenn der Staatsanwalt auf Rechtsmittel verzichte. Da letzteres geschah, so ist für den Verurteilten, wenn er am Montagabend Hamburg verläßt, die Affaire erledigt.

Wenn ein Engländer oder Deutscher in China zu Tode geprügelt worden wäre, so hätte das mindestens den Anlaß zu einer kleinen Rächung auf 99 Jahre gegeben. In Deutschland aber nimmt man offenbar augenblicklich an, daß auch eine mit der Nilsperdhaut gepanzerte Faust sich in berechtigter Ausübung europäischer Kultur- tätigkeit befinde. Man begreift aber unter solchen Umständen die Abneigung der Chinesen vor dieser Kultur.

Ein Kanaldenkmal. Bei der Einmündung des Nord-Ostsee- Kanals in die Kieler Bucht ist am Montag ein Denkmal Wilhelm I. enthüllt worden. Graf Posadowski hielt eine mit Bildern reichlich geschmückte Rede. Wilhelm I. habe bei der Grundstein- legung des Kanals den Hammer niederfallen lassen, einem Moses-

stab gleich, der eine neue starke Quelle völlerfreundlichen Verkehrs erschließen sollte.

Wilhelm II. war zwar bei der Feierlichkeit zugegen, scheint aber keine Anrede gehalten zu haben, wie er denn überhaupt seit dem Ausbruch des chinesischen Fremdenkriegs keine Gelegenheit bemut hat, seine Meinung über diese schwere weltpolitische Verwickelung zu äußern. —

Warum China sein Tafelgeschick vertreibt hat, verriet ein junger Mann Augus Scheris seinen 200 000 Abonnenten am letzten Sonntag: Weil die Chinesen so unappetitliche Dinge essen!

Als die Vegetarier diese Ankündigung lasen, beschloßen sie, die vegetarisch lebenden Indier schleunigst zur Aufteilung Europas zu ver- lassen, dessen Kassefesseln wegen ihrer ekelhaften Gewohnheit, Tier- leichen zu verzehren, längst das kulturelle Recht eingebüßt haben, uneroberbar zu existieren. —

Der chinesische Kuchen. Herr Heller, der Naumannsche Weltpolitiker in der „Welt am Montag“ hat das Rache- wort vom Hammer und Amboss in die Wendung gefommt: „Man hat nun die Macht, entweder Kuchen zu sein oder Kuchen zu verzehren.“ Und er legt seine Geschichtsphilosophie zusammen in der tiefstimmigen Weisheit, es sei angenehmer, Kuchen zu sein als selbst gegessen zu werden. Damit ist für Herrn Heller die europäische Eroberungslust in China, die den Zustand der dortigen Bevölkerung verursacht hat, gerechtfertigt und es erübrigt sich für ihn nur noch, wehmütvoll zu klagen, daß die deutsche Flotte leider noch nicht stark genug ist, um ein möglichst großes Stück des chinesischen Kuchens zu erfassen.

Vielleicht überträgt Herr Heller das Recht des Stärkeren, dem er in den internationalen Völlerbeziehungen unumschränkt huldigt, auch auf die innere Politik und erkennt in der Ausbeutung der Massen das unabänderliche Naturgesetz, daß der Stärkere den Schwächeren beherrschen und ausbeuten soll. Es ist ein Schönheitsfehler seiner Politik, in den Klassenkämpfen hier zu Lande die kapitalistischen Kundenliebhaber bändigen und Rechts- organisationen für alle Ewigkeit zu wollen, während draußen Recht und Gerechtigkeit leerer Schall sind und nur der uneingeschränkte Egoismus Geltung hat. Zimmerlin dürfen wir Herrn Heller dankbar sein für die ehrliebe Enthüllung der Beweggründe der Weltpolitik. Die bürgerliche Presse enthält sich fast durchweg in banger Verlegenheit jeder Beurteilung der chinesischen Frage; die bis gestern geübte über- schweuliche Verherrlichung der für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Doctoren hemmt den Versuch, heute schon mit gleichem Ueberfluge die europäischen Länder, die, wie England in Transvaal, im Namen der höheren Kultur in China einbrechen, zu feiern. Herr Heller bekennt, daß die Kultur als Beweg- grund in dieser Frage überhaupt nicht in Betracht kommt. Dies Verkenntnis läßt uns den gezwungenen Scherz gern ertragen, als hätten wir in den chinesischen Zu- ständen ein überlegenes Kulturideal erreicht gesehen, so daß Europa dort keinerlei Mission habe und sich fern halten solle. In Wirklich- keit haben wir nur die Unkultur der europäischen Kulturträger nach- gewiesen, die mittels Kanonen-Christentums fremde Völler ihres Landes berauben und mit kapitalistischer Ausbeutung beglücken. Wir haben jedoch niemals ein Wort darüber geschrieben, daß wir mit überlegenen Völlern friedliche Handelsbeziehungen nicht knüpfen sollen, welche Rücksicht allerdings gerade durch den „Kulturkampf“, den das „pachtende“ Europa in China führt, aufs schwerste geschädigt wird.

Das Rückschlüßende und Wichtigste der Frage sieht aber Heller, in weltpolitischen Phantasien flatternd, nicht. Ist der Kuchen, der da zur Aufteilung kommen soll, auch wirklich eßbar und schmackhaft? Bis her hat das deutsche Volk dorthier für seinen Hunger kaum das geringste bezogen.

Für die Zukunft befürchten wir, wird die Konkurrenz der chinesischen Arbeit sich vielfach gefährlicher für die europäische Arbeiterklasse gestalten, als der Nutzen eines vermehrten Handels- abflusses nach Ostasien jemals eintragen würde. Der Kuchen, den wir auf löstpieligen Panzergeschwadern und durch Auspöpfung deutschen Soldatenbluts hereinholen sollen, könnte sich als gar harter Bissen erweisen und uns in der Kehle stecken bleiben. —

Dr. Küglers Ernennung zum Unterstaatssekretär im Kultus- ministerium sollte nach Witterungsbedingungen besprochen werden. Die „Nord- Allgemeine Zeitung“ bezeichnet jetzt diese Angaben als mäßige Kombination. Die Centrumsmänner können sich also beruhigen. Es wäre ja auch zu schlimm, wenn die schwarzen Herren für ihren Flotteneifer nicht einmal die Befehle hoher Staatsämter nach ihrem Willen durchsetzen könnten. —

Hochverratsprozeß. Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann der Hochverrats- prozeß gegen den Redakteur Witold Zeitgeber aus Ostrowo, den Schneidermeister Johann Kolenda aus Dortmund und den Buch- drucker Sigismund Melorowicz aus Dortmund. Diese werden beschuldigt, den polnischen Nationalklub, welcher beim polnischen Nationalmuseum in Kapperswil in der Schweiz niedergelegt ist und zur Wiederherstellung Polens die Mittel schaffen soll, unterstützt zu haben durch Aufforderungen zu Beitragen usw., Zeitgeber insbesondere durch Veröffentlichung einer Broschüre „Kapperswil, eine Reiseerinnerung“. Geladen sind 24 Zeugen und Sachverständige. Zeitgeber freizeitet, die mit dem Schatz ver- bundenen hochverräterischen Tendenzen gelannt zu haben.

Aus der größten preussischen Domäne. Man schreibt uns aus Halle, 23. Juni.

Ein handliches und jammervolles Bild entfaltete die heutige Schöffengerichtsverhandlung über die Zustände und Behandlung der polnischen Arbeiter auf der Domäne des königlichen Amt- rats Nagel in Giebichenstein. Zwei etwa 20jährige polnische Ar- beiter Karl Dabiz und Emil Dabiz waren wegen un- berechtigten Verlassens des Dienstes angeklagt. Die Angeklagten behaupten berechtigt zu sein, den Dienst zu verlassen, da sie die Behandlung dort nicht mehr ertragen konnten. Sie hätten wiederholt stinkendes Fleisch und Suppe mit langen Würmern zu essen bekommen und waren gezwungen worden, ohne Bezahlung Ueberstunden zu leisten. Als sie am Sonntag, den 27. Mai, wiederum verdorbenes Fleisch zu essen bekamen, hätten sie sich an den zuständigen Polizeikommissar gewandt. Der ihnen auf ihre Be- schwerde entgegnet habe, das Fleisch sei genießbar. Zum Ueberflus habe er noch die Bemerkung gemacht: „Bleibt in Eurem Polen, dann braucht Ihr nicht stinkendes Fleisch zu essen!“ Als sie das Fleisch in einer Wirtshaus vorzeigten, habe man ihnen den Rat erteilt, dasselbe einmal dem in der Nähe wohnenden Redakteur Swienty vom „Vollsbblatt“ vorzulegen, vielleicht könne derselbe durch Veröffentlichung der Sache Hilfe schaffen. Die Leute befolgten den Rat, gingen zu dem Genossen Swienty, der dann das Fleisch, um sich nicht zu übergeben und um sich die Wohnung nicht zu verpesten, schleunigst in mehrere Bogen Papier packte und es draußen an die frische Luft hinlegte. Am Montag früh wurde das Fleisch zum Handelschemiker Dr. Venz gesandt, der nach stattgehabter Untersuchung bestätigte, daß dasselbe einen ekelerregenden Geruch besaß, welcher auf bereits eingetretene Verwesung schließen läßt. Das Fleisch sei als verdorben zu bezeichnen.

Zeuge Igl. Amtsrat Wilhelm Nagel befindet unter dem Eide, daß das Essen immer tadellos gewesen sei. Er und seine Frau und noch ca. 270 Personen essen auch davon. Und seine Frau, die das Mittagessen mit bereite, sei peinlich sauber und accurat. Es sei höchstens möglich, daß einmal ein Wurm in das Geschirr gefallen sei. Davon, daß die Leute Ueberstunden nicht bezahlt bekommen haben, meinte Zeuge Nagel, „ist mir nichts bewußt“. Der Arbeiter Kupat, jetzt noch auf der Domäne beschäftigt, be- kundet eidlich fünfmal mindestens (im Monat Mai) stinkendes Fleisch bekommen zu haben. Der Arbeiter Nitkod hatte drei- mal Würmer von ansehnlicher Länge im Essen gefunden und so ging die Weisensnahme weiter, wonach sich das direkte Gegenteil herausstellte von dem, was Herr

Nagel gesagt hatte. Zeuge Redacteur Swienty äußerte sich über die ihm von den polnischen Arbeitern überbrachte Fleisch, das thatsächlich in Verwesung übergegangen war und der Gerichtshof hob in der Urteilsbegründung extra hervor, daß er dem Zeugen Swienty vollen Glauben schenke. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Herzfeld, meinte, er glaube nicht, daß solch stinkendes Fleisch auf den Herrschaftstisch kam. Das Gericht sprach die Angeklagten antrags- gemäß frei und hob in der Urteilsbegründung hervor, daß die auf der Domäne vorhandenen Mißstände den Angeklagten das Recht geben, den Dienst ohne Kündigung zu verlassen. — Auch ein Beitrag zur Leutenot. —

Pour le mérite. Der Kommandant des Kanonenboots „Jris“, der im Kampf bei Taku schwer verwundet worden ist, hat den Orden pour le mérite erhalten. Dieser Orden wurde als höchste Auszeichnung für Verdienste im Krieg wie im Frieden 1842 von Friedrich Wilhelm IV. gestiftet.

Wilhelm II. hat diesen Orden zum zweitenmal verliehen, den ersten erhielt der jetzige General Fzt. v. Scheele für seinen Kriegs- zug in Ostafrika. —

Zum Polenboikott fordert Schweinburg die Staatsverwaltung auf. Er regt an, bei allen Lieferungen und Leistungen für den Staat und unter staatlicher Aufsicht stehende Verwaltungen die Polen von der Vergütung auszuscheiden.

Herr Schweinburg mag sich vorsetzen, daß er wegen dieser Aufforderung zum Boykott nicht wegen groben Unfugs zur Verantwortung gezogen wird. Wenn Sozialdemokraten ihre Freunde auffordern, von einer bestimmten Brauerei kein Bier zu beziehen, so schreit die Staatsgewalt ein. Herr Schweinburg aber fordert dieselbe Staatsgewalt auf, nach antimilitärischem Rezept das „Kauf nicht bei Polen!“ anzuwenden und dadurch eine ganze große Kategorie von Staatsbürgern wirtschaftlich zu schädigen.

Die polnische Agitation gewinnt natürlich durch solche Vorschläge nur neue Kraft. —

Die Änderungen des Krankenversicherungs-Gesetzes, wie sie in dem von uns bereits besprochenen Aufsatz des Regierungs- rats Dr. Hofmann vorgezeichnet sind, finden nicht in allen Punkten den Beifall der „Verl. Reichs-Rachr.“ Daß die Arbeiter in der Verwaltung der Kassen die Oberhand nicht behalten und daß dem Mißbrauch der Kassenverwaltung zu politischen Zwecken ge- steuert werde, ist unter allen Umständen anzustreben, dagegen hat das Unternehmerrblatt „große Bedenken“ gegen die geplante Er- höhung der Arbeitgeber-Beiträge von 1/3 auf 1/2. Mit anderen Worten: Die Strangulierung der Selbstverwaltung der Kassen ist ihm wohl recht, aber kosten darf dies den Unternehmern nichts.

Ein „seltsames Bild“, das „festgenagelt zu werden verdient“, ist dem Blatt der Umstand, daß wir der Verringerung der Beitrags- leistung nicht zugejubelt haben, obgleich sie in diesem Fall materielle Vorteile für die Arbeiter bringe. Das Unternehmerrorgan mag be- ruhigt sein, wir werden gern bereit sein, diese materiellen Vorteile für die Arbeiterklasse einzustreichen, vorausgesetzt, daß sie nicht als Köder gegeben werden, durch den der Arbeiter die Entziehung der Selbstverwaltung schmachtet gemacht werden soll. Im übrigen waren wir nur der Meinung entgegen getreten, als ob die Unternehmer selbst (wie Herr Hofmann zu glauben scheint) jeden Widerstand gegen die beabsichtigte Beitragserhöhung aufgeben würden. —

Zu dem Thema Schutz vor Schuldeuten wurde durch eine Verhandlung, welche am Sonnabend, den 23. d. M., vor der Straf- kammer in Königsherg 1. P. stattfand, ein neuer interessanter Beitrag geliefert. Angeklagt war der frühere Redacteur der „Volls- Tribüne“, Genosse Haber, eine Anzahl Schuldeute beleidigt zu haben. Die „Volls-Tribüne“ hatte am 30. Januar d. J. in einer Notiz den Inhalt einer Beschwerdeschrift wiedergegeben, die der Schuhmachereister Altrod an das Polizeipräsidium gerichtet hatte, weil er, nachdem er auf der Straß Frank zusammengebrochen war, von Schuldeuten in einem Rentientenwagen nach dem Polizeigefängnis gebracht war, trotzdem er einem Schuhmann persönlich genau bekannt und seine Wohnung ganz in der Nähe war. Im Polizeigefängnis wurde der kranke Mann, trotzdem er versicherte, er sei nicht betrunken, geschlagen, weil er nicht gehen konnte.

In der Gerichtsverhandlung hielt Herr Altrod, ein Mann von ungefähr 60 Jahren, voll aufrecht, daß er in schwerster Weise gemiß- handelt worden sei. Er leide seit Jahren an Schindelanfällen. Werde er davon betroffen, müsse er sich niederlegen, um nicht zu fallen. Das habe er auch am 22. Januar getan, als er säßte, daß er krank werde. Bei den Anfällen schwinde ihm zum Teil das Bewußtsein und er verliere den Gebrauch der Glieder.

Die Frau, das Dienstmädchen und eine ganze Reihe von ein- wandsfreien Zeugen bestätigten, daß Altrod von starken Schwindel- anfällen, die von Ohnmachtsercheinungen begleitet seien, befallen werde. Uebereinstimmend wurde erklärt, daß Altrod ein äußerst solider, nüchtern, ruhiger Mann sei. Sogar einer der „beleidigten“ Schuldeute mußte bekunden, daß er Altrod seit Jahren kenne und wisse, daß derselbe ein ruhiger, solider Mann sei.

Alle Polizeibeamten, sechs an der Zahl, bestritten, sich auch nur im geringsten ungebührig gegen Altrod benommen zu haben. Derselbe sei betrunken gewesen und so wie ihnen vorgegeschrieben von der Straß entfernt worden. Die Trunkenheit des Manns schloffen sie sämtlich lebhaft daraus, daß er nicht gehen konnte. Einige Schuldeute wollten einen Schnapsgeruch an Altrod wahrgenommen haben, schränken aber ihre Aussage nach dieser Richtung später wesent- lich ein. Altrod war sechs Tage nach seinem Abenteuer von einem Arzt untersucht. Der Arzt fand ein Auge noch stark blut- unterlaufen, ferner eine äußerst schmerzhaft Schwellung in der Hüfte, von der Altrod behauptete, daß sie von einem mit einem in der Schenke stehenden Säbel geführten wuchtigen Hieb herkäme. Dieser Arzt, sowie ein als Sachverständiger geladener Professor, behaupteten vor Gericht, daß nicht auf anzunehmen sei, daß die Verletzung am Auge auf andre Art entstanden sei, wie durch einen wuchtigen Faustschlag. Völlig übereinstimmend waren beide Ärzte der Ansicht, daß Altrod sich in fast benom- menen Zustand befunden habe, so daß er nicht gehen konnte.

Der Staatsanwalt Kospar wollte den Angeklagten zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt sehen. Die Beamten hätten die Miß- handlung bestritten, ihnen sei zu glauben. Altrod sei zwar krank gewesen, sei auch sonst glaubhaft, auf seine Aussagen in Betreff der Mißhandlung sei aber nichts zu geben, weil anzunehmen sei, daß er im Zustande halber oder ganzer Verwirrtheit keine genauen Wahrnehmungen machen konnte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hugo Saake, betonte, der Wahrheitsbeweis sei, soweit das überhaupt möglich sei, voll erbracht. Thatfache sei, daß ein kranker Mann anstatt in seine nahe Wohnung, mittels Rentientenwagen, der eine Art von Marterinstrument sei, gegen dessen Anwendung zum Transport von Betrunklenen häufig protestiert ist, ins Gefängnis gebracht sei. Den Schuldeuten sei in diesem Fall nicht zu glauben, weil sie ihre Freundschaften nicht spielen würden, gäben sie die Mißhandlung zu. Für den Angeklagten forderte der Verteidiger ferner die Zubilligung des Schutzes des § 123. Wenn nicht als Redacteur, so hatte er als Bürger ein Interesse daran, den Vorfall zur Sprache zu bringen, damit nicht etwa ihm selbst einmal im Fall einer Erkrankung auf der Straß eine ähnliche Behandlung zu teil werde. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, weil er als erwiesen ansah, daß ein kranker Mann ins Gefängnis geführt und dort gemißhandelt sei. Auch in Wahrung berechtigter Interessen habe der Angeklagte gehandelt, als er den Fall in die Öffentlichkeit brachte.

Zu einer Kundgebung gegen die Agrarier gestaltete sich die Generalversammlung des „Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit“, die am Sonnabend in Lübeck stattfand. Derselben Politiker der freisinnigen Vereinigung, die sich soeben zu den neuen Flottenbewilligungen begeistert hatten, von denen sie Förderung des Handels erwarteten, mußten sich jetzt

gegen die agrarische Gefahr, gegen die drohenden handels- und industriellen Gefahren, gegen die drohenden handels- und industriellen Gefahren, gegen die drohenden handels- und industriellen Gefahren...

Ag. Gothein führte u. a. in seinem Vortrage über Deutschlands Interesse an Außenhandel aus: Es giebt kein besseres Erziehungsmittel als die Konsumtion. Ein thörichter Schutz durch Zölle würde die Kräfte in Schlämmer weigen, den Fortschritt hemmen und die wirtschaftliche Überlegenheit zu nichte machen.

Seit dem Jahre 1893, d. h. seit keine Hoffnung auf höhere Getreidepreise bestand, ist der Exportertrag infolge der fortgeschrittenen landwirtschaftlichen Technik enorm gesteigert worden.

Dr. Alexander Meyer führte aus: Die Frage, ob Deutschland der Handelsverträge bedarf, um wirtschaftlich weiter zu kommen, scheint mir außerhalb jeder Diskussion zu stehen. Ich bin zu keinem anderen Resultat gekommen, als zu dem, daß auch die Agrarier die Erneuerung der Handelsverträge wünschen müssen.

Dr. Alexander Meyer führte aus: Die Frage, ob Deutschland der Handelsverträge bedarf, um wirtschaftlich weiter zu kommen, scheint mir außerhalb jeder Diskussion zu stehen. Ich bin zu keinem anderen Resultat gekommen, als zu dem, daß auch die Agrarier die Erneuerung der Handelsverträge wünschen müssen.

In erheblicher Schärfe gegen den Grafen Posa dowsky, den Schöpfer der agrarischen Wünsche, wandte sich ferner der Generalsekretär des Norddeutschen Lloyd Dr. Wigand.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Einen Aufruf richtet die Gesamtvertretung der socialdemokratischen Partei Oesterreichs anlässlich der Auflösung des bankrotten Reichsrats an die österreichische Arbeiterchaft. In dem Aufruf heißt es: Der Reichsrat ist heimgefallen und der Absolutismus hebt von neuem seine Herrschaft an.

So kann es nicht weitergehen, so darf es nicht weitergehen. Die Völker sind des gemeinsamen Spiels mit ihren lebendigsten Sorgen, mit ihren gewichtigsten Interessen, mit ihren Rechten und Forderungen über und über satt.

Es muß anders werden! Das Volk will es, der Staat braucht es und die Zeit verlangt es. Oesterreich ist nur zu helfen durch die Vertiefung seiner Grundlagen, durch die unmittelbare Vermittlung der staatlichen Bedürfnisse mit den Interessen der Völker.

Staat verzweifeln. Der nationale Streit kann von Oesterreich nur genommen werden, wenn die nationalen Fragen aufhören das Gezänke eines beschränkten Interessenskreises zu sein.

Wähler Oesterreichs, Arbeiter und Parteigenossen! Der Augenblick ist gekommen, wo das Proletariat, das in der Geschichte schon so oft die Wege dieses Staats bestimmt hat, sein erstes Wort sprechen muß.

Für sich wollen die Arbeiter das allgemeine und gleiche Wahlrecht, und für den Staat wollen sie es. Und sie sind entschlossen, für diese Forderung ihre ganze Kraft, ihre ungebundene, so oft erwiesene Entschlossenheit einzusetzen.

Beg mit den Privilegien! Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht!

Afrika.

Ueber den Boererkrieg liegen heute folgende Telegamme vor: London, 21. Juni. Lord Roberts meldet aus Pretoria von gestern, daß General Buller in Standerton einen beträchtlichen Teil rollenden Materials fand; die Holländer haben die Gegend verlassen.

London, 24. Juni. Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz sind keine interessanten Nachrichten hier eingelaufen. Soweit bekannt wird, wird Lord Roberts seine Operationen gegen den Kommandanten Botha auf einige Tage verschieben müssen.

Zum Aschanti-Aufstand (Afrika). Prabu (Goldküste), Sonntag, 24. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Heute ging das westafrikanische Regiment von hier ab, um den letzten Vorstoß zur Eröffnung der Verbindung der Verbindung mit Kumassi zu machen.

Partei-Nachrichten.

Das Vereins- und Versammlungsrecht steht für die Arbeiter vielfach nur auf dem Papier. Von den vielen Gesetzesverletzungen, welche seitens der unteren Organe bei der Anwendung und Auslegung der Gesetze, namentlich in den unterlegenen Orten, verübt werden, wollen wir hier nicht reden.

Ueber den Militärboikott wurde auf dem kürzlich stattgefundenen deutschen Gastwirtstag bittere Klage geführt. Ein Redner verwies auf den bekannten Schönebecker Boikott eines dortigen Gastwirts, der eine konservative Versammlung nicht mehr annehmen konnte.

In gleicher Weise gehen die Behörden in einer Anzahl von Orten vor; vielfach gelingt es ihnen dadurch, die Arbeiter obdachlos zu machen. Dauernden Erfolg können sie dabei natürlich nicht haben, im Gegenteil, sie tragen dazu bei, die Erbitterung zu fördern, auch den Indifferenten begreiflich zu machen, daß die Arbeiter im Reich der größten Rechtsgarantien doch minderen Rechts sind, als andre Bevölkerungsklassen.

Genosse Dues hat nun in einer öffentlichen Versammlung in Pöhlhausen die Gründe bekannt gegeben, die ihn zur Niederlegung des Reichstagsmandats veranlaßt haben. Zunächst habe ihn Arbeitsüberbürdung dazu bewogen; er sei bekanntlich Mitglied des Reichstags, Bezirksrats und Gemeinderats.

Politisches, Gerichtliches usw. Aus Bochum wird uns berichtet: Wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung, Verteilung resp. Verkauf einer Nummer des „Volkblatt“ und der „Reifezeitung“ am 1. Mai wurden die Genossen Wopler und Fröhlich vom hiesigen Schöffengericht zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus der Schweiz. In der großen Stickerfeldmühle in Morisach, die insgesamt ca. 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, haben 1400 die Arbeit eingestellt.

Die Ersahwahlen zum Vorstand des Bochumer Allgemeinen Anknappschäftsvereins sollen zu Gunsten der Opposition ausfallen. Die gemeinschaftlich vom Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verein und dem Christlichen Gewerbeverein der Bergleute aufgestellten Kandidaten trugen mit 173 Stimmen gegen 90 Stimmen, welche die „Rechtskandidaten“ auf sich vereinigten.

Aus der Schweiz. In der großen Stickerfeldmühle in Morisach, die insgesamt ca. 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, haben 1400 die Arbeit eingestellt.

Berliner Partei-Angelegenheiten. Zur Lokalliste. Die Mitglieder der Lokalkommission von Berlin und den Vororten werden darauf hingewiesen, daß die nächste Lokalliste am 8. Juli erscheint.

Aufnahmen und Änderungen müssen spätestens am 3. Juli in den Händen der folgenden Parteigenossen sein: Für Berlin: Karl Scholz, Brangelstr. 110; für Nieder-Barnim: Paul Kette, Pichlerberg, Pringel-Weg 20a; für Teltow-Beeskow: Hermann Quitt, Rixdorf, Hochstr. 82, u. IV; für Potsdam-Osthavelland: Ernst Rieger, Spandau, Wollstr. 3; für Ober-Barnim: A. Salomon, Wriezen a. O. Die Lokalkommission.

Der Wahlverein des ersten Wahlkreises hält am Mittwoch abends 8 1/2 Uhr eine Versammlung in Dräfels Festsaal am mit der Tagesordnung: Kommuner Socialismus. Referent ist Genosse Dr. Leo Kronz.

Parteigenossen Moabits! Am Donnerstagabend 8 Uhr findet im Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81, eine Volksversammlung statt. Der Reichstags-Abgeordnete Heine hält einen Vortrag: „Einiges vom neuen Recht aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch“.

Aövenia. Die Abonnenten des „Vorwärts“ bitten wir wegen der erst heute erfolgten Zustellung der Sonntags-Beilage die „Neue Welt“ um gütige Rücksicht. Es ist Vorfrage getroffen, daß solche Verspätung künftig vermieden wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Einseher (Zähler) wird bekannt gemacht, daß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in der letzten Sitzung am Freitag in der Tariffrage eine Einigung erzielt ist. Der neue Tarif tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Die Rabbinen, die sich gegenwärtig in einer Lohnbewegung befinden, sollen von den Buxern dadurch unterstützt werden, daß diese Spinnarbeiten nicht ausführen.

Zum Maurerkreis in Spandau. In der „Kleideraffaire“ hat die Polizei am Sonntag auf die Demarcation des Maurers Skubitz, welcher sich die von dem Arbeitgeberverband ausgelegte Besoldung von 200 M. verdienen wollte, nun noch den Maurer Feinsdorf in Untersuchungshaft abgeführt.

Deutsches Reich. Oberhessisches. Seit ungefähr acht Monaten stand den Maurern und Zimmerleuten in Kaitowitz ein größerer Saal zu Verfügung. Es entwickelte sich ein vielversprechendes Gewerkschaftsleben, die Filiale der Maurer hatte 250 Mitglieder.

Der Streik der Münzner Gasarbeiter ist beendet. Nachdem den Arbeitern das bestimmte Versprechen abgegeben worden war, daß ihre Lohnverhältnisse in der nächsten Stadtverordneten-Versammlung geregelt werden sollen, nahmen die Arbeiter, um den Schein zu vermeiden, als ob sie die Gutenberg-Feier zu feiern beabsichtigten, die Arbeit wieder auf.

Die Ersahwahlen zum Vorstand des Bochumer Allgemeinen Anknappschäftsvereins sollen zu Gunsten der Opposition ausfallen. Die gemeinschaftlich vom Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verein und dem Christlichen Gewerbeverein der Bergleute aufgestellten Kandidaten trugen mit 173 Stimmen gegen 90 Stimmen, welche die „Rechtskandidaten“ auf sich vereinigten.

Verrufserklärung von Arbeitern durch Schwarze Listen läßt zur Zeit auf der Vorstand des Vereins der Kupfer- und Miedereisen Deutschlands. Er versendet ein vertrauliches Circular, datiert, Hannover, 20. Juni 1900, in dem 31 Arbeiter in Verzug erklärt werden. Die Verurteilten haben ein Verbrechen wider den heiligen Geist des Kapitals begangen, indem sie das oberste Gesetz vom Herrn im eigenen Hause nicht pietätvoll genug respektierten.

Aus der Schweiz. In der großen Stickerfeldmühle in Morisach, die insgesamt ca. 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, haben 1400 die Arbeit eingestellt.

Die Ersahwahlen zum Vorstand des Bochumer Allgemeinen Anknappschäftsvereins sollen zu Gunsten der Opposition ausfallen. Die gemeinschaftlich vom Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verein und dem Christlichen Gewerbeverein der Bergleute aufgestellten Kandidaten trugen mit 173 Stimmen gegen 90 Stimmen, welche die „Rechtskandidaten“ auf sich vereinigten.

Verrufserklärung von Arbeitern durch Schwarze Listen läßt zur Zeit auf der Vorstand des Vereins der Kupfer- und Miedereisen Deutschlands. Er versendet ein vertrauliches Circular, datiert, Hannover, 20. Juni 1900, in dem 31 Arbeiter in Verzug erklärt werden.

Aus der Schweiz. In der großen Stickerfeldmühle in Morisach, die insgesamt ca. 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, haben 1400 die Arbeit eingestellt.

Zu Florenz streifen die Cigarrenwicklerinnen der staatlichen Tabakmanufaktur, weil eine Kollegin von ihrer bisherigen Arbeitsstelle in eine andre Fabrik versetzt worden ist.

Regierung erklären ließ, daß die Verlegung einzelner Arbeiterinnen von einer Abteilung in die andre nicht als Strafe aufzufassen sei, sondern nur im Interesse des Dienstes geschehe. Die Cigarrenarbeiterinnen beschloßen trotzdem, den Streik fortzusetzen. Die beiden Tabakfabriken in Florenz werden militärisch bewacht. Zu Ruhestörungen ist es bis jetzt nicht gekommen.

Zum Wlener Schuhmacherstreik. Zu unsrer Notiz in der Sonntagsnummer werden wir erlucht, ergänzend mitzuteilen, daß der Allgemeine jüdische Arbeiterbund in Rußland die Geldsammlungen nur unter den jüdischen Arbeitern dort betreibt. Die von der Berliner Gewerkschaftskommission eröffnete Sammlung wird davon natürlich nicht berührt.

Zum Straßenbahn-Anstand in St. Louis wird der „Weser-Zeitung“ vom 12. Juni geschrieben: Der Anstand in St. Louis grenzt hart an den Bürgerkrieg. Die Bürgerwehr in der Stadt ist in zwei große Parteien gespalten, von denen die größere mit den Streikern sympathisiert, während die andre vor allen Dingen erst die Ruhe hergestellt wissen will, bevor über die Forderungen der Leute verhandelt werde. Der Mayor (Bürgermeister) steht eher auf Seite der Streikenden und wird vom Gouverneur beschuldigt, den Anstand zu politischen Zwecken auszunutzen. Ein Gleiches sagt der Mayor vom Gouverneur. Der Mayor hat die Bevölkerung zur Ruhe ermahnt und die Frauen und Kinder aufgefordert, bei Tage so wenig als möglich die Straßen zu betreten. Kinder aber, welche nach Sonnenuntergang auf den Straßen befunden werden, würden verhaftet werden. Der erste Juni-Sonntag war der blutigste Tag der unruhigen schon seit 38 Tagen andauernden Schreckenszeit. Die Dynamitexplosionen erfolgten zu Tausenden. Früh kam es zu einem heftigen Kampfe zwischen 60 Mann der Bürgergarde und etwa 600 Streikenden. Von einem Fenster wurden gegen die vorbeimarschierende Bürgergarde Steine geworfen, worauf die Gardisten gegen den dichten Volkshaufen Schüsse abfeuerten. Zwölf Menschen wälzten sich in ihrem Blute, drei waren sofort tot, vier weitere dürften ihren Wunden erliegen. Später kam es an verschiedenen Punkten der Stadt zu blutigen Zusammenstößen, wobei vier Personen getötet wurden; die Zahl der Verwundeten war nicht festzustellen. Ein Mann der Bürgerwehr feuerte sein Gewehr auf eine flüchtende Volksmenge ab, die sich eben in das Thor eines Hauses in der Mound-Street flüchtete. Der Besizer des Hauses, ein Deutscher namens Böhm, der die Ruhe wieder herstellen wollte, wurde getroffen und erlag seinen Verletzungen. An der Franklin Avenue griffen über 1000 Personen die Bürgerwehr mit Steinen und Knütteln an; die Leute feuerten und verwundeten über 80 Personen. Mit Straßenbahnwagen wurden demoliert. Die Wagen sind gewöhnlich nur mit Polizisten und Bürgergarden besetzt. Die Mißhandlungen von Frauen, welche die hochloftierten Wagen benutzten, dauern fort; es kamen bisher etwa 18 solcher Fälle zur Anzeige, wobei den Opfern die Kleider vom Leibe gerissen und ihnen der Körper — ein Robum — mit grüner Farbe bemalt wurde. Namentlich Frauen zeichnen sich bei diesen Attentaten besonders aus. Nach offiziellen Angaben wurden bisher 34 Personen getötet und 200 verletzt, aber niemand zweifelt daran, daß diese Zahlen in Wahrheit wohl dreimal so groß sind. — Diese Darstellung ist sehr mit Vorsicht aufzunehmen.

Sociales.

Volks-Hochschulkurse. In Hannover ist dieser Tage einer Institution die Grundlage gegeben worden, die besonders der Arbeiterschaft zu Gute kommen soll. Es wurde zwecks Einführung von vollständigen Hochschulkursen ein Eiferkomitee gebildet, in welches neben Professoren und Lehrern auch die organisierte Arbeiterschaft mit vier Mitgliedern vertreten ist.

Spinnenseide. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß die Franzosen auf Madagaskar auf das Gewebe einer großen Spinne der Gattung Halaba aufmerksamer gemacht worden sind und mit dessen Verwendung an Stelle von gewöhnlicher Seide ausgezeichnete Erfolge erzielt hätten. Bisher hatte man jedoch in Europa noch nicht viel von den Ergebnissen zu sehen bekommen. Dagegen wird, wie das „Osterr. Handels-Mus.“ meldet, auf der Pariser Weltausstellung eine vollständige Garnitur von Bettvorhängen angefertigt sein, die in Madagaskar aus Spinnenseide gewebt worden ist. Die Produktion dieser neuartigen Seide soll Aussicht haben, schnell zu einer wichtigen Industrie zu werden. Jedes Exemplar der Spinne, die in verschiedenen Teilen der neuen französischen Kolonie vorkommt, soll in einer Campagne 300—400 Ellen Seide liefern. Nachdem der Faden den Spinnen abgenommen worden ist, werden sie in Freiheit gelassen, können aber schon 10 Tage darauf zu neuer Arbeit eingekerkert werden. Die Seide dieser Spinnen soll von außerordentlich glänzender, goldiger Farbe sein und feiner als die der Seidenraupe, außerdem von wunderbarer Zähigkeit und Haltbarkeit, so daß sie sich ohne Schwierigkeit weben läßt.

Der Krieg in China.

Zur Lage in Peking.

Paris, 25. Juni. Der Minister des Auswärtigen, Delcassé, hat von französischen Generalkonsul in Schanghai ein Telegramm vom 24. Juni erhalten, nach welchem den Versicherungen des Direktors der Eisenbahnen und Telegraphen Scheng zufolge die fremden Gesandten und die übrigen Ausländer in Peking am 19. Juni wohl behalten waren und sich ansahen, die chinesische Hauptstadt mit Ermächtigung der chinesischen Regierung zu verlassen.

Eine Nachricht, die mehr als unwahrscheinlich klingt, abgesehen davon, daß bei der Situation in Tientsin die Gesandten nicht weit kommen würden.

London, 24. Juni. Nach den letzten von zuverlässiger Seite aus Peking eingetroffenen Meldungen halten sich die Gesandtschaften noch. Die Chinesen haben sie umringt, jedoch nicht gewagt, sie von neuem anzugreifen. Sie hoffen, es werde ihnen gelingen, sie auszuhungern.

Die Kämpfe um Tientsin.

London, 24. Juni. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Schanghai vom 23. Juni gemeldet: Prinz Lian hat Junglu, den Oberbefehlshaber der Truppen im Norden, seines Kommandos entbunden und selbst den Oberbefehl über die Truppen übernommen, nachdem er angeklagt, daß er gegen Tientsin marschierte und die Handvoll Fremden dort verjagen werde.

London, 24. Juni. Die Admiralität hat von dem englischen Geschwaderchef in Taku eine aus Tschifu, den 23. Juni, datierte Depesche erhalten, in welcher es heißt, die Admirale der Mächte handelten im besten Einverständnis mit dem russischen Viceadmiral als ältestem Offizier. Zweihundert Mann des chinesischen Regiments von Weihaiwei seien am 22. d. M. in Taku gelandet. Da seit 5 Tagen nur ein Käufer von Tientsin durchgekommen ist, konnten keine weiteren Nachrichten eingehen, als die, daß die Fremdenüberlieferung fast ganz zerstückt ist und daß die Fremden hart kämpfen. Es sind Nachrichten eingegangen, daß ein Versuch, Tientsin zu entsetzen, am 22. d. M. mit einigen Verlusten zurückgeschlagen wurde.

Washington, 24. Juni. Ein Telegramm des Admirals Kempf aus Tschifu von heute meldet: In einem Hinterhalt bei Tientsin sind am 21. d. M. 4 Mann von Major Wallers Kommando getötet und 7 verwundet worden. Eine Streitmacht von 2000 Mann ist heute zum Entsetze Tientsin aufgedrungen.

London, 25. Juni. „Daily Mail“ berichtet aus Schanghai, Prinz Suang habe seine Armee in acht Kolonnen geteilt. Seine Truppen seien vorzüglich bewaffnet.

Japans Haltung.

London, 25. Juni. Die „Times“ melden aus Yokohama vom gestrigen Tage, daß Japan in der chinesischen Krise eine reservierte Haltung einzunehmen scheine. Es beschränkte sich darauf, daß das

Kongert der Mächte und das Gleichgewicht beim Vorgehen derselben aufrecht zu erhalten sei. Japan sei jedoch augenscheinlich bereit, seine volle Stärke in einem fröhlichen Zusammenwirken mit jeder Macht zur Geltung zu bringen, welche gleiche Interessen mit ihm habe und eine entschlossene Politik verfolge, die auf die Wiederherstellung des Friedens und die Vermeidung des Uebergewichts irgend einer Macht gerichtet sei.

Rüstungen.

Die der Münchener „Allg. Ztg.“ aus Berlin geschrieben wird, unterliegt es keinem Zweifel, daß seitens Deutschlands „auch über die bisher bekannt gewordenen Anordnungen hinaus alle irgendwie verfügbaren Kriegsschiffe nach Ostasien werden entsandt werden“.

Washington, 25. Juni. Die vom Kriegsdamt getroffenen vorläufigen Maßnahmen sind in beispiellosem Umfange erfolgt und sehen jede mögliche Eventualität in China vor.

Saigon, 25. Juni. Der Kreuzer „Rauban“ und der Transportdampfer „Caravane“ sind mit 500 Mann Marine-Infanterie und einer Batterie nach Taku abgegangen. Der Aviso „Bengali“ ist gleichfalls nach Taku in See gegangen.

Sima, 25. Juni. Die nach China gehende Streitmacht wird auf zwei Brigaden erhöht werden. Jede dieser Brigaden wird aus 4 Infanteriebataillonen mit den Divisionstruppen, bestehend aus einem Kavallerieregiment, drei Compagnien Sappeuren und Mineuren und einer Feldbatterie zusammengefaßt werden.

New York, 24. Juni. Wie dem „New York Herald“ aus Washington gemeldet wird, wird die amerikanische Streitmacht in China aus 4500 Mann einschließlich einer Batterie unter General Hall von den Philippinen und aus 16 Schiffen aller Art und 500 Mann Marinemannschaften unter Admiral Kempf bestehen.

Washington, 24. Juni. Marine-Sekretär Long hat den Admiral Remey angewiesen, mit dem Kriegsschiff „Brooklyn“ nach Taku zu gehen und sich dem General Mac Arthur gegenüber zur Beförderung von so viel Truppen bereit zu erklären, als die „Brooklyn“ fassen kann.

London, 24. Juni. In dem gestrigen Ministerrat wurde die Entsendung von 10 000 Mann der südafrikanischen Truppen nach China beschlossen. Zwei Kreuzer, die augenblicklich in Kapstadt liegen, sind ebenfalls nach dem Golf von Persien beordert worden. — Das Ausbleiben jeglicher Nachrichten über den Admiral Seymour und dessen Kolonne ruft hier allgemeine Bestürzung hervor, man besorgt sich in den nächsten Tagen das Eintreffen einer Meldung über eine große Katastrophe.

Weitere Telegramme.

Ein über Indochina beförderes Telegramm des französischen Konsuls François vom 22. Juni besagt, daß dieser Vorbereitungen traf, um Peking am 24. Juni zu verlassen.

In einem Telegramm des französischen Konsuls in Tschifu vom 24. Juni wird gemeldet, daß in dieser Stadt große Besorgnis unter den Fremden herrsche, daß aber bis jetzt die Ruhe nicht gestört worden sei.

Der Korrespondent des „Reuterischen Bureaus“ erfährt aus amtlicher Quelle, die Kaiserin habe Befehle erlassen, alle Fremden in China anzuerkennen.

London, 25. Juni. Dem „Daily Telegr.“ wird aus Hongkong berichtet, daß die Szung-Tschang morgen nach Peking abreißen wird.

München, 25. Juni. (W. Z. B.) Wie die „Korrespondenz Hoffmann“ mitteilt, haben sich zum Uebertritt in die auf Kriegsstärke zu ergänzenden Marine-Infanterie-Bataillone und die neu zu bildende Feldbatterie von bairischen Truppenteilen freiwillig gemeldet und sind dienstfähig für die Tropen befunden worden: Von der Infanterie 187 Sergeanten und Unteroffiziere und 727 Gefreite und Gemeine, von der Feldartillerie 23 Unteroffiziere und 50 Kanoniere und Fahrer; es können jedoch nur von den Angemeldeten 3 Unteroffiziere und 100 Gefreite und Gemeine von der Infanterie und 1 Unteroffizier und 15 Mann von der Feldartillerie berücksichtigt werden, welche spätestens am 28. d. M. sich bei dem zweiten Seebataillon in Wilhelmshaven stellen müssen.

Wien, 25. Juni. (W. Z. B.) Nach dem Kanonenboot „Jenta“ eingegangenen Nachrichten ist Tschifu, von wo gestern noch gemeldet wurde, daß Ruhe herrsche, heute angeblich bedroht. Die „Jenta“ liegt in Tschifu, welches sie vorgestern zwecks Kohlen-Ergänzung anließ, 15 Mann zum Schutz der Konsulate zurück und dampfte heute mit Depeschen und der Post der Konsulate mit ganzer Kraft nach Taku ab.

London, 25. Juni. (W. Z. B.) Die Admiralität hat heute von dem Admiral Bruce, der sich bei Taku befindet, ein aus Tschifu, 24. Juni, datiertes Telegramm erhalten, welches besagt: Die gesamte Truppenabteilung, welche mit dem Ober-Befehlshaber Tientsin verließ, um sich nach Peking zu begeben, beträgt ungefähr 2000 Mann und besteht aus Besatzungsmannschaften der zusammenwirkenden fremden Kriegsschiffe. Es war unmöglich, etwas zu unternehmen, um dem Oberbefehlshaber zur Hilfe zu eilen, weil nur bekannt geworden ist, daß er abgeschnitten sei, da Tientsin eingeschlossen ist. Tientsin hat seitdem einen Kampf auf Leben und Tod zu führen gehabt. Auf das Eintreffen der Nachricht, daß von dem chinesischen Heere Eisenbahnzüge bestellt worden, um Tientsin anzugreifen, daß die chinesischen Truppen Tonglu verwickelten, Taku verstärkten und in die Mündung des Peiho Mienen legten, wurde schnell beschlossen, Taku zu nehmen. Seitdem sind alle Anstrengungen gemacht worden, Tientsin zu entsetzen.

London, 25. Juni. (W. Z. B.) Unterhaud. Der Parlaments-Unterstaatssekretär des Meeres, Brodrick, erklärt, seit die gegenwärtige Krise in ein akutes Stadium getreten sei, habe jede Verbindung mit der chinesischen Regierung aufgehört, alle telegraphischen Verbindungen seien unterbrochen. Die Regierung habe keine Nachricht darüber, daß 40 000 Russen von Khasia aus in den nordwestlichen Teil Chinas einmarschiert seien und sich auf dem Marsch gegen Urga befänden. Hedderwid fragt, welche Bedingungen das von den vereinigten Mächten kurz vor der Beschießung der Taku-Forts gestellte Ultimatum enthalten habe. Brodrick erwidert, die von den britischen Marineoffizieren eingegangenen Berichte besagten nur, daß die Ports am 17. Juni zwischen zwölf und ein Uhr nachts das Feuer auf die Schiffe eröffnet hätten; das Ultimatum sei in den Berichten nicht erwähnt. Brodrick erklärt sodann weiter, es bedauere sagen zu müssen, daß seit dem letzten Freitag keine bestimmte Nachricht aus Tientsin vorliege; die Regierung sei noch ohne jede Nachricht vom Admiral Seymour und von den Gesandtschaften in Peking. Brodrick verteidigt sodann das bereits von der Admiralität veröffentlichte Telegramm des Konter-Admiral Bruce und fügt hinzu, die Regierung habe von anderer Seite erfahren, daß der von russischen und amerikanischen Truppen am Donnerstag unternommene Versuch, die Verbindung mit Tientsin herzustellen, an dem Widerstande einer starken Abteilung Chinesen gescheitert sei. Seitdem seien die von Hongkong abgegangene Truppen eingetroffen. Man glaube, daß 3000 Mann japanischer, 1000 Mann deutscher und 2000 Mann französischer Truppen eingetroffen seien oder in kurzem eintreffen würden; die Regierung habe jedoch keine Nachricht über irgend eine Operation, die seitdem unternommen wäre.

Petersburg, 25. Juni. (Meldung der Reuterischen Telegraphen-Agentur.) Der hiesige chinesische Gesandte Pang-Tsu hat gestern ein Telegramm vom Vizekönig von Kanlung erhalten, nach welchem die Vertreter der ausländischen Mächte in Peking unverfehrt sind.

Versammlungen.

Eine an Zwischenfällen reiche, kurz besuchte Volksversammlung tagte am Sonntagvormittag in dem Lokal von Mercier, Steingeh. 55 zu Rixdorf, welche sich mit den neuesten Ausweisungen aus Rixdorf beschäftigte. Raum hatte der überwachende Beamte im Versammlungssaal Platz genommen, so bemerkte er, daß an einem Tisch ein Versammlungsbesucher einem andern eine Zeitung verabfolgte, wofür dieser Geld nahm. Der Beamte ließ den Verkäufer nach dem ersten Revier bringen, damit dort seine Persönlichkeit festgestellt wurde, um demnächst eine Anklage

wegen „unerlaubten Handeins von Drucksachen an öffentlichen Orten“ zu erhalten. Die Feststellung der Personalien hatte einundeinhalb Stunde gedauert. Außerdem war dem Einberufer dieser Versammlung von der Polizei schriftlich die Unterlegung einer Zellerklärung zugegangen. Doch die größte Ueberraschung ward den Besuchern der Versammlung am Schluß derselben zu teil. Nachdem die Versammlung geschlossen war, blieben einige Personen noch bei einem Glase Bier zusammen, um unter sich einen Meinungsaustausch über das eben Geschehene zu lassen. Doch wie erlautete diese, als bald nach Fortgang der überwachenden Beamten ein Schutzmann den Saal betrat und prüfende Blicke nach jedem Tisch und Winkel warf. Viele glaubten, daß wieder einer, vielleicht ein Redner der Versammlung nach der Wache sifft werden sollte. Aber nein, dieser Beamte entfernte sich stillschweigend und an seiner Stelle kam sein Kollege in den Saal, um die Anwesenden bis zu ihrem Fortgang zu bewachen. Jede Frage beantwortete er mit den Worten: „Ich bin hierher befohlen und muß dem Befehl nachkommen.“ Als einer der Gäste ihm etwas sehr mit Fragen zusetzte und u. a. sagte: er werde sich über diese Maßnahmen der Polizei beschweren, erhielt dieser zur Antwort: „Meinen Sie, mir macht das Vergnügen, hier zu stehen und zu warten, bis Sie alle gegangen sind?“ Erst gegen 8 Uhr verließ der Beamte seinen Posten, nachdem die Zahl der Gäste sich bis auf 20 Personen verringert hatte. Die Versammlung, die von dem ausgewiesenen Cigarrenmacher Wigle geleitet wurde, förderte an sich viel Lehrreiches zu Tage. Zu Anfang wurde ein Komitee, bestehend aus den Herren Wigle, Klose und Jacob, gewählt, das die Koschemann-Angelegenheit in die Hand nehmen soll. Es sollen sich in neuester Zeit Momente ergeben haben, die ein Wiedererwachen der Verfahren rechtfertigen und die namentlich die Aussage des Hauptbelastungszeugen Weide sehr erschüttern. Mit dieser Sache wird sich in diesen Tagen eine Volksversammlung in Berlin beschäftigen. Nunmehr nahm Herr Fritz Dempsch das Wort zu seinem Referat: Die neuesten Ausweisungen in Rixdorf. Redner führte aus, daß seine Voraussetzungen, die er in einer Versammlung, wo er über die Ausweisung seines Freundes Wigle gesprochen hatte, machte, daß nach diesen Ausweisungen andre folgen werden, sehr bald zur Wahrheit geworden sind. Es sind in letzter Zeit 21 Personen aus Rixdorf ausgewiesen, darunter 17 Klempnerlehrlinge. Die Ausweisung des Cigarrenmachers Wigle, der Familienvater ist und der sonst keinen Fehler hat, als daß er seine Meinung offen und ehrlich bekundet, muß mit Recht alle empören.

In der Diskussion geht Herr Wigle auf seinen Fall näher ein. Herr Diesner hält für den besten Protest die Organisation. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in welcher sie energisch gegen die Ausweisungen protestiert.

Der Verband der Buchbinder hielt am 19. Juni bei Feuerstein eine Mitgliederversammlung ab. Prädner gab den Bericht über die Verhandlungen des Verbandstags. Die Debatte hierüber wurde vertagt. Bekannt gegeben wurde, daß die Differenzen bei Berner beigelegt sind.

Die Graveure, Eiseleure und verwandten Berufsangehörigen hielten am 19. Juni ihre Versammlung ab. In derselben hielt der Präsident der Treptow-Sternwarte, Herr Astronom Wendt, einen äußerst interessanten Vortrag über: „Die Beobachtbarkeit der Welten“, welcher von den sehr zahlreich erschienenen Mitgliedern mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde.

Die Gewerkschaft der Maser Berlins und Umgegend hielt am Donnerstag ihre erste Versammlung ab. Die vorgelesenen Statuten wurden einstimmig angenommen. Zum provisorischen Vorstand wurden Genz als Vorsitzender, Pareis Kassierer, Klein Schriftführer, Verend und Duttiger als Beisitzer gewählt. Die Zahlstellen befinden sich in folgenden Lokalen: Ruppinerstraße bei Kofin, Veteranenstraße bei Weisler, Wabstraße bei Abendroth, Alte Jakobstraße bei Lenz, Schöneberg, Grawewaldstraße bei Obst, Panow, Florastraße bei Deoantier. Genz möchte bekannt, daß die Bibliothek noch Eigentum der früheren Filiale II ist und Beschlüsse hierüber in einer Mitgliederversammlung gefaßt werden. Ferner soll die Zahlstelle in der Alten Jakobstraße verlegt werden, sobald von der Zentralorganisation die Zahlstelle in der Ruppinerstraße verlegt wird.

Schmargendorf. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am 19. Juni im Lokale von Veier seine zweite monatliche Mitgliederversammlung ab. Widriger Umstände halber konnte das in Aussicht genommene Referat über Punkt 8 des Parteiprogramms nicht zum Vortrage gelangen und wurde daselbe auf die Tagesordnung der am 17. Juli er. stattfindenden Mitgliederversammlung gesetzt. Nachdem verschiedene Tagesfragen besprochen und einige Vereinsangelegenheiten erledigt waren, wurde demnächst die Versammlung geschlossen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Kongress für Arbeiterversicherung.

Paris, 25. Juni. (W. Z. B.) Im Kongressgebäude der Weltausstellung wurde heute nachmittag der alle drei Jahre sich wiederholende internationale Kongress für soziale Arbeiterversicherung eröffnet. Dreihundert Teilnehmer hatten sich eingefunden. Ehrenpräsident des permanenten Komitees Dr. Wöbster skizzierte die angestrebten Ziele, und schloß seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mit dem Wunsch, daß den Reden mehr und mehr die Thaten folgen mögen. Der Handelsminister Millerand, der dem Vordredner antwortete, legte die verschiedenen Wege dar, auf welchen das Ziel erreicht lasse, gedachte unter allseitigem Beifall des Vorgehens Deutschlands und der Verdienste des Vordredners, indem er hinzufügte, daß das deutsche Beispiel immer mehr Nachfolger finden werde, wenn auch auf andern Wege. Hierauf wurde zur Wahl des Bureaus geschritten.

Der Krieg in Südafrika.

London, 25. Juni. (W. Z. B.) Lord Robert meldet vom heutigen Tage aus Pretoria: General Clements hatte gestern in der Nähe von Winburg ein Gefecht mit einer Abteilung Boeren und warf dieselbe mit Verlusten nordwärts vom Sand River zurück. Guttons berittene Infanterie hatte gestern im Südosten von Pretoria ein erfolgreiches Scharmügel mit Boeren-Patrouillen.

Dorimund, 25. Juni. (W. Z. B.) In Nordborge bei Hamm i. B. hatte ein Dienstmädchen Salat mit Kresse angerichtet, in dem sich Schierling befand. Der Hausherr und das Dienstmädchen starben nach dem Genuß des Salats.

Sudafest, 25. Juni. (W. Z. B.) Infolge eines Zusammenstoßes eines elektrischen Straßenbahnwagens mit einer Droschke kam es heute Mittag zu Straßentumulten. Das Einschreiten der Polizei verhinderte Missethaten.

Paris, 25. Juni. (W. Z. B.) Die Budgetkommission nahm in ihrer heutigen Sitzung Erklärungen des Ministerpräsidenten Walde-Rousseaues des Kriegsministers General André und des Finanzministers Caillaux über die Rachtragkredite für die Befreiung von Luat entgegen. Walde-Rousseaue teilte mit, daß die Befreiung von Luat jetzt gesichert sei; durch die Einsicht der Regierung von Marocco seien die letzten vorläufigen halber ergriffenen Maßregeln überflüssig geworden. Der Verlust an Mannschaften sei gering, aber die materiellen Ausgaben beträchtlich. Man beschäftige sich jetzt mit der Ausarbeitung eines Planes zum Zweck des Baues einer Eisenbahn, welche Luat mit Algerien verbinden soll.

Moskau, 25. Juni. (W. Z. B.) Auf der Jaroslauer Bahn stießen heute zwei Güterzüge zusammen. Ein Zugbeamter wurde getötet, drei wurden schwer, fünf leicht verletzt, 23 Wagen wurden zertrümmert, beide Lokomotiven beschädigt.

Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsbillett.

Lokales.

Eine kostspielige „Höflichkeit“.

Der Magistrat präsentiert jetzt der Stadtverordneten-Versammlung die Rechnung über die Kosten des Straßen- und Kanalschmucks, den er sich aus Anlaß der Anwesenheit des Kaisers von Oesterreich in Berlin leisten zu lassen geglaubt hat. Die Geschichte hat nicht 50 000 M., wie anfangs in Aussicht gestellt worden war, sondern beinahe 100 000 M. gekostet. Die Ueberschreitung der ursprünglich von der Stadtverordneten-Versammlung bewilligten Summe von 50 000 M. um 50 000 M. wird in der die Bewilligung der Vorlage des Magistrats damit begründet, daß es damals bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen sei, Entwurf und neuen Kostenanschlag vorher aufzustellen. Man habe daher die Kosten nur abschätzen können, bei der Ausarbeitung des Entwurfs und während der Ausführung der Bauarbeiten habe sich aber herausgestellt, daß die bewilligte Summe wegen der Größe des Platzes und der jetzigen Preisverhältnisse des Baumarkts nicht ausreichte. — Dem gegenüber wollen wir feststellen, daß bereits in der Stadtverordneten-Sitzung vom 19. April, in der über die Bewilligung der ersten 50 000 M. verhandelt wurde, Oberbürgermeister Kirchner (nach Ausweis des amtlichen stenographischen Berichts) erklärt hat, „weil sich herausstellen sollte, daß diese Summe nicht ausreicht, um einen würdigen Empfang zu bereiten“, so würde der Magistrat nicht ansetzen, auch eine größere Summe zu fordern.“ Man wachte augenscheinlich bereits damals, daß die zunächst geforderte Summe zur Ausführung der Pläne, die man vorhatte, nicht ausreichen werde. Daß trotzdem nicht gleich mehr gefordert wurde, das hatte seinen guten Grund. Es sollte so dem radikal thüenden Flügel des Freisinns in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung erleichtert werden, sich an der dem österreichischen Kaiser zugesandten Huldigung zu beteiligen. Dieser Zweck wurde denn auch erreicht. Die „Reue Linke“ erklärte durch Herrn Kreitzling, sie fasse den Akt durchaus nicht als einen byzantinischen auf, sondern lediglich als einen Akt der Höflichkeit gegenüber einem befremdeten Fürsten, — und sie stimmte mit Ausnahme eines einzigen Mitglieds für die 50 000 M. Wir sind doch neugierig, ob die „Höflichkeit“ der „entschiedenen“ freisinnigen Männer so weit gehen wird, sich nun auch an der Bewilligung der zweiten 50 000 M. zu beteiligen. Von der Berliner Bevölkerung, auf deren Kosten sich der Freisinn der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, der „Stammweide“ und auch der „entschiedenen“, in „Höflichkeiten“ gibt, wird man fortan mit Recht sagen können, daß ihr der österreichische Kaiser „teuer“ gewesen ist.

Eine christliche Lösung der Trinkgelberfrage. Ein Fremder war, des christlichen Glaubens voll, ins Sündenbabel Berlin gekommen. Als eine Hügung des Himmels betrachtete er es, daß seine Blide auf das Bahnhofsplatz gelenkt worden sind, welches kundgibt, daß im Hospiz der Berliner Stadtmision eine rettende Anstalt vorhanden, wo fromme Sanftmut sich des fremd freunden annimmt und ihn vor Verführung und Ausbeutung liebevoll bewahrt. Die Freude des also glücklichen den Gefahren der Großstadt Entkommenen mecht sich, als er in dem Zimmer, das christliche Gostfreundschaft ihm in dem städtlichen Hause in der Mohrenstraße orgsam bereitet hat, eine Bekanntmachung angeschlagen findet, worin der Gast dringend gebeten wird, sich der Unsitte des Trinkgeldspendens zu enthalten. Es ist schändlich, denkt unter Fremder, daß Er, Hochwürden, der Hosprediger a. D. Stöcker, dem alle diese christliche Liebestätigkeit zu danken ist, sich im Sündenbabel so arg mit Lindort und Spott gelohnt sieht. Selbst dem unschuldigen Nidel, den du Dabeim im Honoratioren-lübchen doch gern den aufwartenden Johann spendest, wird hier in einer peiniglichen Verbätigung des demütig-christlichen Bruderschaftsgeistes das Hausrecht verweigert. Wie innig-religiös. Und zugleich wela ein Zeichen gesunden socialen Fortschrittes.

Der Gast im christlichen Hospiz wurde unansft aus seinen Träumen aufgerüttelt, als ein Bruder in Christo ihm die Rechnung für den ersten Tag vorlegte. An sich schon stellte sich das Berliner Christentum als eine kostbare Erscheinung heraus. Ein Beersteal, Brat-lactoffeln und Schoten magt 2 1/2 M., ein Glas Bier 40 Pf., eine Weize 40 Pf., einmal Thee mit Streuzucker 60 Pf., Tomatowetter, sagte der Provinziale, das sind im christlichen Hospiz ja Preise, wie in — in den A m o r - sälen. Der Bruder in Christo, der die Rechnung präsentiert hätte, blickte ungeschadet des unheiligen Einpruchs ruhig fromm zum Himmel empor und verzog seine schmalen Lippen erst zu einem von Milde und Mitleid getragenen Lächeln, als der Gast beim weiteren Studium der Rechnung einen noch viel gröullicheren Bluch ansah. Neben den 5 Mark und 55 Pfennig, die einzig für genossene Speisen und Getränke zusammenaddiert waren, fand sich nämlich noch ein Posten bemerkt und dieser lautete: „Für Trinkgelder 2 Ablösungen 75 Pf.“ Mit Graulen dachte der Gast daran, wie teuer nun wohl erst die eigentliche Zimmerrechnung komme, wenn die christliche Gostfreundschaft sich nicht allein das Essen und Trinken doppelt so hoch bezahlen lasse wie ein nicht mit Welsprüchen gezieres Restaurant, sondern auch für das Patent einer christlichen Lösung der Trinkgelberfrage dem arglosen Fremden eine Kontribution in Höhe von 15 Proz. der gemachten Reche ansetze!

Die Kindersterblichkeit ist mit Beginn des Juni bedeutend gestiegen. Während z. B. in der Woche vom 20. bis 26. Mai 10 Kinder des ersten Lebensjahrs starben, belief sich die Zahl der Sterbefälle solcher Kinder in der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni auf 203 und in der Woche vom 3. bis 9. Juni auf 261. Der Juni brachte gleich zu Anfang eine Reihe von sehr warmen Tagen. Die heißesten Tage waren der 4. und 5. Juni; sie hatten, nach den Beobachtungen der meteorologischen Station in der Teltowstraße, eine Mitteltemperatur von 22,7 und 22,4 Grad Celsius. Am 5. Letztig die Maximaltemperatur 28,8 Grad Celsius. An demselben Tage erreichte auch die Kindersterblichkeit ihren höchsten Stand; es starben an diesem Tage allein 92 Kinder.

Kommunalbeamte, die es mit ihren Kentern nicht so genau nehmen. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung gelangte folgender Brief zur Berlesung:

Wolsdam, den 31. Mai 1900.
Nach einer Mitteilung des Bezirkskommandos II Berlin sind in den Reklamations-Terminen der Ersatzkommission III am 27. und 28. April d. J. von den nach §§ 2b und 64 B.-O. sowie § 204 A.-M.-G. heranzuziehenden 4 bürgerlichen Mitgliedern nur 3 erschienen am 27. April d. J. zwei Mitglieder, gegen 12 Uhr 30 Minuten mittags ein drittes Mitglied, am 28. d. M. zwei Mitglieder. Da von der vorgeschriebenen Besetzung der Kommission die Gältigkeit der Reklamations-Entscheidungen abhängig ist, bitte ich ergebenst, dafür Sorge zu tragen, daß künftig die bürgerlichen Mitglieder vollständig und pünktlich zu den Terminen erscheinen. Hedmann, Regierungsrat.
Die betreffende Ersatzkommission III besteht aus 3 Stadtverordneten und 1 Bürgerdeputierten.

Die Umgestaltung des Friedhofs der Märtyrgefallenen ist nun in der Hauptsache beendet. Die in dem Entwurf vorgelassenen ärztlichen Arbeiten sind ausgeführt. Es fehlt noch die Abgrenzung und Sicherung der Grabhöhlen durch Granitwällen; sie wird, so die Steinarbeiten längere Zeit erfordern, erst im Herbst erfolgen. Auch die geplante Umgestaltung des Vorplatzes außerhalb der Umfriedigung soll erst später ausgeführt werden. Der Friedhof war am Sonntag zum erstenmal wieder für den Besuch freigegeben.

Sie kennen ihre Pappenheimer. Auch die Berliner Haus- und Grundeigentümer lehnen die Streiklausel ab. Im Namen von Tausenden von Bauherren, mit denen die Arbeitgeber des Baugewerbes in erster Linie zu rechnen haben, erläßt das „Grundigentum“ eine scharfe Abfrage an den Verband der Baugeschäfte. Die Einführung der Streiklausel, so heißt es hier, stelle den Versuch dar, das Risiko beim Bauen ausschließlich auf die Bauherren abzuwälzen. Wenn es den Bauarbeitern darauf ankomme, sich gegen wirtschaftliche Nachteile bei Streiks zu sichern, so sei eine Versicherung gegen Streikverlust, wie sie vor drei Jahren bereits angestrebt wurde, das einzige Mittel. Man gehe wohl nicht fehl, wenn man den Grund, daß die Sache nicht zu stande kam, darin suche, daß jenes Projekt an die Taschen der Arbeitgeber gewisse Anforderungen stelle. Das sei allerdings bei der Streiklausel nicht der Fall. Der Bauherren solle hier das graue, geduldige Thier sein, dem man die schwere Last auf die Schultern legt. Was hier verlangt wird, gehe zu weit. „Die Streiklausel“, so heißt es wörtlich, „kann und darf kein Haus- und Grundbesitzer unterschreiben, wenn er nicht seine und seiner Berufsgenossen Lebensinteressen dem Zufall preisgeben will.“ — Die Grundeigentümer als die eigentlichen Arbeitgeber der Bauunternehmer wissen aus Erfahrung, daß diese Herren wenig wählerisch in Anwendung ihrer Mittel sind und daß sie daher nicht allein, was vom bürgerlichen Standpunkt aus ja nebensächlich sein mag, die Arbeiter, sondern auch die Bauherren mit der Streiklausel nach Lust und Gefallen drangsalieren werden. Man darf gespannt sein, ob nach solcher Abfrage aus bürgerlichen Kreisen sich in der Stadtverordneten-Versammlung noch eine Mehrheit von Streiklausel-Freunden finden wird.

Für eine Anzahl neuer Straßen hat die städtische Tiefbau-Deputation die Namen vorgeschlagen. Es befinden sich darunter eine Thomaststraße nach dem Vorkämpfer der Gegenprozesse, eine Oberthstraße nach dem Stadtschultheißen gleichen Namens, eine Freiligrathstraße und eine Gabelbergerstraße. Ferner soll das Andenken an zwei hingerichtete Bürgermeister in Straßennamen verewigt werden. Es ist nämlich nach dem tapferen Lühder Bürgermeister aus der Zeit der Hanse eine Wullenweberstraße in Vorschlag gebracht und ferner eine Tille Wardenbergstraße zur Erinnerung an den mittelalterlichen Berliner, den der Kaiser vor Herrn Kirchner voriges Jahr als trotigen aber thätigen Herr bezeichnete. Die vorgeschlagenen Namen müssen demnächst erst dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt werden.

Der mutmaßliche Mörder der Lehrerin Medenwaldt, der vor etwa sechs Wochen verhaftete Reinecke Neumann, darf nach der Verh. Stg. als überführt gelten. Das vom Kriminalkommissar Dr. Groß zusammengetragene Beweismaterial hat nach diesem Blatte sich derart gehäuft, daß die Akten in allerhöchster Zeit der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage übergeben werden können. Die Kronzeugin, der auch ein beträchtlicher Anteil der Beweismittel zuzurechnen sein dürfte, ist in dem bevorstehenden Prozeß Fräulein Seeger, der Ermordeten einzige Freundin, ohne deren Rekognition der der Neumann vorgeschunden Gegenstände die Ueberführung des Genannten schwerlich gelungen wäre. Der Provisionsreisende Kluge, den Neumann als seinen Complicen und Hauptthäter an dem Morde genannt hat, konnte von der Kriminalpolizei nicht gefunden werden. Hingegen ist bereits erwiesen, daß Neumann bei den ihm nachgewiesenen Diebstählen einen Helfer hatte, der stets Sämlere gestanden hat. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dieser Mann, ein in Verdacht stehender unter dem Namen Tischler-Wag bekannter ehemaliger Holzarbeiter, sich der Mitwisserschaft schuldig gemacht hat. Seine Verhaftung ist noch nicht gelangt.

Zu dem Konkursverfahren über das Vermögen des Geh. Ober-Regierungsrats a. D. Frhen. Eduard v. Droich hatte der Verwaltungsrat in der ersten Gläubiger-Versammlung behufs Fortführung des Verfahrens und zur Aufstreuung von Anfechtungsprozessen beantragt, ihm, da eine Masse nicht vorhanden ist, einen Voranschuß von 2000 M. zu leisten. Die Gläubiger haben dies abgelehnt, und nur ein Rechtsanwalt erklärte, daß sein Mandant bereit sei, einen Voranschuß von 1000 M. zu leisten. Der Verwaltungsrat erklärte, daß ihm dieser Betrag bis Montag zugestellt werden müsse, da er sonst in Ermangelung einer die Kosten deckenden Masse das Verfahren einstellen lassen müsse. Auf Befragen erklärte Frhr. v. Droich, daß er für gemeinnützige Bestrebungen, für den Ankauf einer Druckerei mit Verlag, sowie eines Grundstücks in Lönning, das für seinen Sohn bestimmt gewesen, große Summen verwandt und dadurch sein Vermögen verloren habe.

Ueber die Vorlage, den Ankauf eines Terrains für den geplanten Central-Friedhof betreffend, ist unter den Mitgliedern der Berliner Stadtsynode ein Kampf entbrannt. Die Liberalen fürchten u. a., daß durch die Anlegung von Central-Friedhöfen jede Hoffnung auf Einführung der Feuerbestattung schwinde. In der demnächst stattfindenden Sitzung der Synode soll es wegen der Friedhofsfrage zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen.

Gegen den Telegraphen-Ausscher Otto Neumann, der seine Geseur zu erwidern versucht hatte, ist das Verfahren eingeleitet worden, da sich seine Inzurechnungsfähigkeit herausgestellt hat. Neumann ist deshalb aus der Unternehmungshaft entlassen worden. Gleichzeitig ist er jedoch als gemeingefährlicher Geisteskranker auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft der Irrenanstalt Herzberge zugeführt worden.

Das falsche Gerücht von einem in Kiel auf den Kaiser verübten Attentat war gestern in der Stadt verbreitet. An der Börse hat dem „Verl. Tagebl.“ zufolge der Polizeipräsident das Attentatsgerücht in bestimmtester Weise als unrichtig bezeichnet.

Der Hängeboden. Beim Besteigen des Hängebodens verunglückte gestern nachmittags um 6 Uhr das 10 Jahre alte Dienstmädchen Marie Wessel, das in der Schlegelstraße 19 in Stellung ist. Es hatte veräumt, die Leiter einzuklappen, stürzte mit ihr und zog sich einen schweren Beinbruch zu. Die Verunglückte wurde mit einer Drochle in ein Krankenhaus gebracht.

Wegen eines eigenartigen Handdiebstahls ist ein dreizehnjähriger Kaufbursche Schüler der Kriminalpolizei angezeigt worden. Der Bursche hatte Zutritt zu dem Comptoir seines Arbeitgebers, des Kaufmanns Levy in der Brunnenstr. 39 und entwendete daraus 3000 Rabatnoten. Diese schenkte er seiner Mutter, die dafür bei dem Rabat-Sparverein Fortmonia, dem Levy angehört, eine Lampe, eine Uhr u. kaufte. Diese Sachen wurden beschlagnahmt.

Drei gefährliche Tiergarettreiter sind von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Ihre Ermittlung und Ergreifung erfolgte im Anschluß an einen räuberischen Ueberfall, den sie am Mittwoch voriger Woche spät abends gegen den Architekten W. aus der Oranienstraße verübten. Die Verhafteten sind wegen Landstreichens und Fälschung von Ausweispapieren u. schon bestrafte Furchen, die sich wohnungslos umhertreiben, ein 16jähriger Schlächter Emil Gruber, ein 27jähriger Tischler Wilh. Fleischer und ein 20-jähriger Hausdiener Karl Sabinna.

Unter dem Verdacht des Mordes an der 13-jährigen Klara Fechner zu Hammermühle bei Guben ist der zuletzt in Berlin wohnhaft gewesene Arbeiter Gustav Trinius in das Amtsgerichts-Gefängnis zu Guben eingeliefert worden. Er ist der Onkel der getöteten Fechner.

Orgelkonzert. Der Dienstliche Orgelvortrag in der Marienkirche am Mittwoch, den 27. Juni, mittags 12 Uhr, verriet unter Mitwirkung von Fräulein Helene Breeh, Fräulein Elie Geiger, Fräulein Elie Wunschwann, Herrn Friedrich Berges, Holzmik, und Herrn Robert Schweigemann Konzerten von Bach, Händel (Organo, Sonate u.), Mendelssohn (F-moll-Sonate, Terzett u.), Brahms, Rch und Drael. Der Eintritt ist frei.

Feuerbericht. Nur unbedeutende Brände, die meistens ohne Zutun der Wehr beseitigt wurden, sind seit Sonnabend zu verzeichnen. Quirchowstr. 135 hatten Risten Feuer gefangen. Nachmittags erfolgte an Vohsenstr. 14 und Reue Wilhelmstr. 8b kleine Zimmerbrände. Jaloufien in einem Baden gingen Landbergerstraße 41 in Flammen auf. Längere Zeit hatte am Sonnabend die Wehr zu thun, um einen Balkenbrand, der Breslauerstr. 31 in einer Leimküche ausgekommen war, zu beseitigen. Das schwebende Feuer konnte erst abgelöscht werden, als nach stundenlanger Arbeit die Balken vollständig freigelegt waren.

Aus den Nachbarorten.

Auch in Spandau haben die von den organisierten Haus-eigentümern beschlossenen und vorgenommenen Mietssteigerungen einen Umfang angenommen, wie in keinem der Vorjahre. Die Herren werden in ihrer freundlichen Aufmerksamkeit sehr wesentlich unterstützt durch den sich außerordentlich empfindlich machenden Mangel an kleinen Wohnungen; die zum 1. Oktober freiwerdenden Arbeiterwohnungen sind schon jetzt fast sämtlich vermietet. Die Vaulust entspricht bei weitem nicht dem wirklichen Bedürfnis, so daß zahlreiche Arbeiter-Familien, die durch die neuerbauten Privatfabriken nach Spandau gezogen worden sind, sich genötigt sehen, in den benachbarten Dörfern Staaken, Tiefwerder usw. Wohnung zu nehmen.

Wegen des Raubmords bei Wernuchen ist nunmehr gegen den verhafteten Chauffee-Arbeiter Krüger aus Angermünde die Untersuchung eröffnet worden. Sie lautet auf Mord und Raub. Krüger ist in seinem Geständnis wieder einen Schritt weiter gegangen. Während er zunächst behauptete, daß er von Liebe mit dem imbleuchteten Zweirad angefahren worden sei und ihn dann im Streit erschlagen habe, giebt er jetzt zu, daß ein Streit nicht stattgefunden habe, leugnet aber noch immer den Vorbedacht. Tiede sei ihm mit dem Rad begegnet, und nun sei ihm plötzlich der Gedanke gekommen, ihn zu betenden. Zu dem Zweck habe er den Radfahrer durch einen Schlag betäuben wollen. Der Schlag sei aber zu festig geworden. Als er gesehen habe, daß die Wunde zu schwer gewesen sei, habe er geglaubt, daß der Mann doch sterben werde, und ihn daher eingegraben. Die Untersuchungsbehörden aber halten daran fest, daß Krüger den Mauerer im Schlaf überfallen und vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet habe. Auch über den Verbleib des Spatens hat der Festgenommene verschiedene Angaben gemacht. Anfangs behauptete er, daß er den Spaten bei einem Gastwirt in Wefenthal untergestellt habe. Man hatte jedoch gesehen, daß er hinter Wefenthal den Stiel in den Spaten steckte und ihn dann wie ein Gewehr über die Schulter nahm. Als man ihm das vorhielt, ließ er seine erste Angabe fallen und erklärt nun, daß er den Spaten in der Choriner Heide weggeworfen habe. Das wird wohl richtig sein. Im Interesse der Untersuchung wäre es erwünscht, daß der etwaige Finder des Nordwerkzeugs es an den Untersuchungsrichter nach Wobbit schickt.

Ein Raubmord ist, wie berichtet wird, Sonnabendabend in der Gegend von Hermsdorf an der Nordbahn an dem 64 Jahre alten Kutscher Gottfried Glucke, der seit langen Jahren beim Reichsmeister F. Wieth in Leichenhof bei Oranienburg in Diensten stand, verübt worden. Am genannten Tage war der alte Mann von Leichenhof nach Berlin gefahren, um in der Centralmarkthalle Fleisch zu verkaufen. Auf der Hinfahrt lehrte er im Gasthaus von Christian Lank in Hermsdorf ein, wo er gegen 7 1/2 Uhr abends eintraf und Schlauchwerk zum Verkauf anbot. Gegen 10 1/2 Uhr abends pflegte Glucke auf der Heimfahrt nochmals bei Lank kurze Rast zu halten, doch traf er an jenem Abend nicht ein, dagegen wurde sein leeres Gespann mit den völlig ermatteten Pferden gegen 2 1/2 Uhr morgens in Wilmersdorf angehalten. Als man am Sonntag früh nach dem Kutscher ersperrichte, fand man ihn unweit Hermsdorfs, etwa hundert Schritt von der nach Oranienburg führenden Chaussee in einem Gehölz an einem Baum hängend als Leiche vor. Der oder die Thäter hatten den erschlagenen Mann mit einer Fuchschur aufgehängt, wohl um an einen Selbstmord glauben zu machen. Die silberne Taschenuhr war ebenso wie die Waarschaft, welche Glucke bei sich trug und die nach Auslage seines Fingerringes nur aus einigen zwanzig Mark bestanden haben kann, geraubt worden. Der Gemeindevorsteher von Hermsdorf wandt sich die Leiche, die an der rechten Kopfseite eine tödliche Schlag- oder Hiebwunde aufwies, nach der Leichenhalle des Hermsdorfer Kirchhofs schaffen, wo sie sich zur Zeit noch befindet. Im Lauf des Montagvormittags wurden Hundst und Leiche von dem Amtsvorsteher Wieth und dem Gendarmen-Oberwachtmeister aus Oranienburg befragt. Die Genannten führen dann mit dem Schlächtermeister Wieth nach Reimdenhof, wo Erhebungen angestellt werden sollten, ob Glucke am Sonnabendabend dort auf der Rückfahrt von Berlin noch eingelehrt ist, und ob sich mit ihm noch eine oder mehrere andere Personen auf dem Wagen befunden haben.

Abermals haben Wegelagerer einen Radfahrer überfallen und zwar am Freitagnachmittag im Kreise Osthavelland zwischen Tietzen und Kuhdorf. Der Ueberfallene ist der Klempner Fritz Schnabel aus Nauen, welcher ahnungslos auf der Chaussee einhergefahren kam, als plötzlich zwei Stroiche, die im Chaussee-graben geessen hatten, aufsprangen und ihn vom Rade herabstießen. Sie forderten nur von Schnabel die Herausgabe seiner Uhr und seines Geldes und schlugen, als er sich weigerte, mit Stöcken auf ihn ein, wobei ihm auch die Uhr entrißten und sein Portemonnaie mit Inhalt geraubt wurde. Schnabel gelang es aber, sein Taschennesser zu ziehen, mit welchem er dem jüngeren, etwa 35 Jahre alten Wegelagerer einen Stich in die Seite beibrachte, so daß derselbe stark blutete. Als dies sein älterer Complice sah, ergriff er die Flucht und nun konnte sich der Ueberfallene frei machen, sein Rad besorgen und davonfahren. Die Gendarmen der Umgegend sahuben eifrig auf die Thäter.

Lebensgefährlich verunglückt ist am Sonntagnachmittag gegen 4 Uhr vor dem Pochlingischen Holzplatz an Raybachufer die 51 Jahre alte Witwe Wilhelmine Lemke aus der Forsterstraße 8. Frau Lemke ernährt sich durch einen kleinen Pavierbandel mit Wadwaren. Als sie am Sonntagnachmittag auf ihrem Wegstättengang an genanntem Holzplatz vorbeikam, hob der herrschende Sturm das Dreierbüchch eines Holzspapels empor und warf dasselbe auf die vorübergehende Frau. In der Nähe befindliche Postanten, welche den Vorfall beobachtet hatten, befreiten die unter den Trümmern Begrabene aus ihrer gefährlichen Lage, erschufen aber nicht wenig über die entsetzlichen Verletzungen, welche die Bedauernswerte erlitten hatte. Beide Ohren der Unglücklichen waren von Kopf getrennt, die rechte Kopfseite war völlig kalpiert, die Stirn ebenfalls verletzt. Ein aus der Liegnitzerstraße herbeigeholter Arzt konstatierte außerdem einen komplizierten Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Nach Anlegung von Notverbanden wurde die Unglückliche mittels Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhaus in Nizdorf gebracht.

Einen gefährlichen „Umsturz“ verursachte der am Sonnabendabend herrschende Sturm auf dem Grundstück der Haasfchen Schneidemühle an der Lohmühlenstr. 118. Er warf dort einen 20 Meter hohen eisernen Schornstein um, so daß dieser auf einen benachbarten Holzplatz fiel. Glücklicherweise wurde hierbei niemand verletzt.

Neu-Weihensee. Der Kampf um den Platz für das zu erbauende Rathaus hält die Gemüter der in der Gemeinde dominierenden Interessengruppen in fortwährender Aufregung. Die Interessen dieser Gruppen stehen sich in diesem Fall entgegen, jeder hofft von der möglichst großen Nähe eines solchen Gebäudes eine

Steigerung des Wertes seiner Grundstücke, und so erlebt man das Schauspiel, daß sich diese „Verurs-gewissen“ in den Haaren hegen und einander den Rang ablaufen suchen. Für einen guten Köder hält man es, der Gemeinde zum Zweck des Baues ein Grundstück unentgeltlich zur Verfügung zu stellen in der sicheren Annahme, daß die später folgende enorme Preissteigerung der Grundstücke ein genügendes Äquivalent für diese „Schenkung“ abgeben wird. Die zu diesem Zweck als Geschenk angebotenen Grundstücke liegen zum Teil so ungenutzt, daß es tatsächlich als eine Verleumdung der Gemeindeverwaltung empfunden werden muß, wenn von dieser angenommen wird, daß sie die Geschäfte jener Interessengruppe besorge.

Wie eben fast jede zum Wohle der Gesamtheit geplante Einrichtung von diesen Leuten dahin untersucht und beurteilt wird, welcher Vorteil den einzelnen Interessen daraus erwächst, so wird auch bei dieser Gelegenheit darauf gesehen, daß die alten „traditionellen Sitten“, den durch eine reaktionäre Gesetzgebung dem Volke gewährleisteten Einfluß möglichst vorteilhaft auszunutzen, seine Verwirklichung erfahren.

Der Giftmörder Jänike. Der zum Tode verurteilte Giftmörder vom Teufelsberg, Lötzer Eugen Jänike, wurde sofort nach Schluß der Verhandlung vor dem Potsdamer Schwurgericht mittels geschlossener Drohschle nach dem Gefängnis zurückgebracht. Am Sonntagmorgen gab er die Absicht kund, gegen das Urteil das Rechtsmittel der Revision einzulegen.

Auf den Staatsanwalt Henbarth in Potsdam, der sich zur Zeit am Stolper See in einer Sommerwohnung befindet, ist ein Attentat verübt worden. Vom Garten aus wurden in der Nacht zum Sonntag zwei Schüsse in das Zimmer hinein abgefeuert, in welchem Henbarth sich aufhielt. Der eine Schuß ging fehl, während der andre den Staatsanwalt leicht am Arm streifte. Des Attentäters hat man noch nicht habhaft werden können.

Gerichts-Beitrag.

Die Vorgänge am Rosenthaler Thor. In der am Montag fortgesetzten Gerichtsverhandlung wurde zuerst ein arbeitswilliger Wagenführer vernommen. Als er an dem kritischen Tage, so behauptet er, am Weinbergsweg damit beschäftigt war, einen elektrischen Wagen für die Fahrt in Stand zu setzen, habe ihm jemand aus der Menge, die auf ihn schimpfte, entgegengerufen: „Euch verfluchte Bande müßt man herunterholen!“ Der Zeuge, der in der linken Hand die Kurbel, in der rechten die Eisenstange zum Weichenstellen hielt, habe dann gerufen: „Geh weg, oder ich schlage Euch über den Kopf!“ Darauf sei ein großer Lärm entstanden, man habe sich herzugebrängt und von allen Seiten gefragt: Wer will hier schlagen? Gleichzeitig habe ihm jemand den eisernen Weichensteller zu entreißen versucht. Wer von den Angeklagten das getan hat, kann der Zeuge nicht sagen. Ein Schuhmann bezeugt, daß dies der Angeklagte Samain gewesen sei, und daß dieser auch dem Führer die Worte zugerufen habe: „Euch verfluchte Bande müßt man herunterholen!“ Samain bestreitet das ganz entschieden. Der Vorsitzende des Gerichts fragte bei dieser Gelegenheit den als Zeugen vernommenen Wagenführer, ob er wegen der Verleumdung Strafantrag gegen Samain stellen wolle. Der Wagenführer antwortete: Ohne Genehmigung der Direktion der Straßenbahn dürfe er sich darüber nicht entscheiden. Hierauf sprach Staatsanwalt Rosen mit einem als Zeugen anwesenden Straßenbahn-Controleur, welcher sogleich den Saal verließ, nach längerer Zeit wieder zurückkehrte und die Erklärung abgab, die Direktion gebe ihre Einwilligung zur Stellung des Strafantrags. Nunmehr stellte der betreffende Führer den formellen Antrag.

Als sich später die Verhandlung einem andern Angeklagten zuwandte, der der Verleumdung eines Controleurs beschuldigt ist, bemerkte der Vorsitzende auf eine Anfrage des Rechtsanwalts Dr. Liebknecht, daß er den Strafantrag nicht zurückziehe. Der Verteidiger stellte nun an den Controleur die Frage, ob er unter dem Einfluß der Direktion den Strafantrag aufrecht erhalte, und begründete diese Frage folgendermaßen: Der beleidigte Controleur habe sich persönlich geneigt gezeigt, den Strafantrag zurückzuziehen, aber von einem Ober-Controleur sei dem Antragsteller bedeutet worden, daß die Direktion die Aufrechterhaltung des Strafantrags wünsche, denn sie sei der Meinung, daß die, welche sich an den Unruhen beteiligt haben, auch die Folgen tragen müßten! Der Gerichtshof lehnte die Stellung der Frage des Verteidigers ab, da rechtlich nur der beleidigte Controleur, nicht aber die Direktion über Zurücknahme des Strafantrags zu entscheiden habe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es hauptsächlich darauf an, festzustellen, ob gewisse Angeklagte bestimmte strafbare Handlungen verübt haben, was große Schwierigkeiten macht, da sich die Aussagen der Zeugen oft in den wesentlichsten Punkten widersprechen. So ist beispielsweise der 17jährige Angeklagte Schmeier als einer derjenigen, die sich trotz Aufforderung des Beamten nicht vom Schauplatz des Aufruhrs entfernt haben, festgestellt worden. Während der Schuhmann behauptet, daß Schmeier nach Ausweis des Wachhüch und des Tagesjournals um 1/11 Uhr auf der Wache eingeliefert worden sei, sagte die Mutter des Angeklagten als Zeugin aus, ihr Sohn sei erst gegen 1/12 Uhr von Hause fortgegangen. Ebenso widersprechen einander auch die Aussagen bezüglich der übrigen Angeklagten.

Neben diesem großen Prozeß laufen täglich noch vor den Schöffengerichten einige kleinere Verhandlungen einher, die sich auf Strafsachen während des Straßenbahn-Aufruhrs beziehen. So hatte sich gestern der Tapezierer K., ein sonst sehr ruhiger und verständiger Mann zu verantworten, weil er am 19. Mai auf dem Dönhofsplatz großen Unfug verübt und die Scheibe eines vollbesetzten Pferdebahnwagens vorläufig zertrümmert haben sollte. An diesem Tage wurde ein auf dem Dönhofsplatz anlangender Wagen von der Menschenmenge zum Stehen gebracht, die Pferde wurden

ausgespannt, und der Angeklagte machte sich das Vergnügen, mit seinem Stod in die Scheibe des Wagens hineinzuhaken. Glücklicherweise wurde von den Fahrgästen niemand durch die Glassplitter verletzt. Der Staatsanwalt hielt auch in diesem Fall eine exemplarische Strafe für geboten, da solche Ausschreitungen die größte Gefahr für die Ruhe und die Sicherheit auf den Straßen in sich bergen. Er beantragte die horende Strafe von zwei Monaten Gefängnis und das Schöffengericht erkannte auch nach diesem Antrage. — Ein anderer Excedent war ein eben 12 Jahr alt gewordener Knabe. Er war von Erwachsenen aufgestachelt worden, mit Steinen nach fahrenden Straßenbahnwagen zu werfen und die Scheiben derselben zu zertrümmern. Der Gerichtshof sprach ihn frei, weil er meinte, daß der Angeklagte die Einsicht von der Strafbarkeit seines Handelns noch nicht besessen habe.

Eine an die 100 Heilige anklagende Strafsache, bei der es sich um Verbreitung unzüchtiger Bilder handelt, beschäftigt die Strafkammer I und wurde in überraschender Weise beendet. Eine aus Schweden stammende Frau vertrieb Abbildungen von Frauengestalten, die als unzüchtig erachtet wurden. Die Folge war eine Anklage aus § 184 St.-G.-B. und der Staatsanwalt beantragte 50 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Leop. Meyer hielt dagegen die Einstellung des Verfahrens für geboten, da nach seiner Ansicht Verjährung eingetreten sei. Er führte aus, daß die hier in Rede stehende Straftat unter das Preßgesetz falle, dessen § 2 lautet: Das gegenwärtige Gesetz findet Anwendung auf alle Erzeugnisse der Buchdruckerei, sowie auf alle andern, durch mechanische oder chemische Mittel bewirkten, zur Verbreitung bestimmten Vielfachdrucken von Schriften und bildlichen Darstellungen mit oder ohne Schrift u. Nach § 22 des Preßgesetzes verjähren Preßvergehen in sechs Monaten, diese Frist sei aber in diesem Fall zur Strafverfolgung nicht innegehalten worden. — Der Gerichtshof erkannte nach langer Beratung auf Einstellung des Verfahrens.

Vermischtes.

In Mainz ist die Gutenbergfeier am Sonntag unter großen Festgepränge in Gegenwart des Großherzogs, der Staatsminister, der Militärbehörden, des Bischofs und der Landtagsmitglieder begangen worden. Von Bedeutung ist eine typographische Ausstellung, die aus Anlaß der Feier veranstaltet wurde.

Der große historische Festzug am Montag, der vom schönsten Wetter begünstigt war, veranschaulichte nach der Idee Conrad Sutters und seines Mitarbeiters Rohlfach den Gedanken der Huldigung der Mit- und Nachwelt vor dem Denkmale Johannes Gutenbergs und zeigte zugleich in trefflich erdennenen historischen Gruppen, die alle großen Kulturereignisse und die voranleitenden Geister der letzten fünf Jahrhunderte vor Augen brachten, was die Menschheit seiner Erfindung zu verdanken hat. Mehr als 3000 Personen hatten sich zu dem Zuge vereinigt, den die Gruppe der Typographie, in der die Schüler Gutenbergs, und ferner auch Johannes Faust und Peter Schöffer einherzogen, eröffnete. Etwa 800 Pferde und 42 Wagen waren zur Bildung der zahlreichen folgenden Gruppen verwendet; von diesen gewährte zunächst die Gruppe des Kurfürsten Adolf von Nassau, dem Kaiserentwürfer und geharnischte Reitere voranzogen, ein prächtiges Bild. Dem Wingerzug, dem Gefährt mit den Weimen des Rheinlands folgte der Wagen der „Moguntia“, einer der schönsten Zeile des gegen eine Meile langen Zuges. Schützen und Meisterfinger, Landsknechte und Scheinbarläufer zogen vorüber; andre Wagen brachten Fischart und seine Zeitgenossen im „Glückseligen Schiff“, Dürer und Holbein, Hutten und Sickingen, ferner Kecklin und Erasmus, Kopernikus, Kepler und andre Leuchten der Wissenschaft, dazwischen Zeitungsdrucker, Jahrmärkte, Gerichtsboten und Wärfelwagen und im buntem Wechsel der Tracht viele andre Gestalten aus dem mannigfaltigen Leben der vergangenen Tage. Besonders prächtige Gruppen, die Augsburg und seine Patrizier und auf stolzen Schiffe die Hansestädte zeigten, brachten die mächtige Förderung des Welthandels durch Gutenbergs Erfindung in Erinnerung. Ariost und Tasso, Shakespeare und die Gestalten seiner Dramen, Cervantes, Milton, Molière vertraten die Dichtkunst in dem Huldigungszug. Ferner war das Zeitalter des Großen Kurfürsten, Friedrich des Großen, des Kaisers Josef und der Befreiungskriege dargestellt. Kurfürstlich Mainzische Staatsdrotschen, die Potsdamer Garde, — um Himmelswillen, was hat die Potsdamer Garde mit Gutenberg und der Buchdruckerkunst gemein! D. N. — sollte Zietenhularen wechseln ab mit den ersten Gestalten des Grotius, des Spinoza, Tomastus und Kant. Dann kamen, wie weiter berichtet wird, in allen ihren Hauptvertretern die Glanzzeit unsrer Literatur und Tonkunst, die bildende Kunst aller und neuer Zeit, die Gruppe der deutschen Staaten und der Wagen der „Germania“, der dem Rückblick auf die Entwicklung in so langem Zeitraum den rechten, an einst und heute des Vaterlandes gemahnenden Abschluß gab. Mit den Vertretern der Zukunft, zu der man eine Gruppe Darmstädter Studenten hatte avancieren lassen, schloß der Festzug.

In Nürnberg brach vorlechte Nacht auf dem Lagerplatze der Schudertischen Fabrik Großfeuer aus, dem der Lager-schuppen zum Opfer fiel. Die Fabrikgebäude blieben unberührt, der Betrieb wird nicht gestört. Mehrere Feuerwehrleute erlitten leichte Verletzungen.

Verstärkungen. Das Vorhandensein eines Vesikals in Oporto wird amtlich bestätigt. In Smyrna kamen Sonntagabend weitere Erkrankungen an der Pest vor; ein Kranke ist an der Pest gestorben.

Aus verschiedenen Teilen Ungarns sind dem Handelsministerium Berichte über Unwetter, verbunden mit wolkensbruchartigen Regen, und über bedeutende Hagelschäden zugegangen. Fast im ganzen Lande gingen am 22. und 23. d. M. starke Gewitter nieder.

Herr Kapellmeister Paul Linde schreibt uns: Im Anschluß an die Veröffentlichung des Urteils in meinem Prozeß mit dem Pariser Musikalienverleger M. Salabert bitte ich um Aufnahme

folgender Berichtigung in Ihrem geschätzten Blatt. Es ist gegen mich in diesem Prozesse der Vorwurf des Plagiats erhoben worden. Ich weise ihn weit von mir zurück. Der Refrain in meinem Rheinländer „Die Sigerkönigin“ ist ein amerikanisches Volkslied, das infolge der mangelhaften Literaturverträge zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten jedem gehört, also auch mir. Beweis dafür ist die Tatsache, daß außer meiner Bearbeitung noch mindestens zwölf andre erschienen sind. Ich habe auch nie behauptet, daß dieser Refrain mein geistiges Erzeugnis ist. Paula Penotti brachte seiner Zeit den Refrain mit einem Text dazu, der ich von ihr erwart, nach Berlin. Auf diesen gedruckten Exemplaren ist auch stets bemerkt: „Rheinländer über das gleiche namige Couplet von Paul Linde“. Zu einer solchen Benützung des amerikanischen Refrains glaube ich mich umso eher berechtigt, als meine Kompositionen „Jahrmärkte“, „Meine nicht“, „Ach Emma“, „Mein lieber Kapitän“, „Wenn die Wälder leise rauschen“ und viele andre in America honorarlos nachgedruckt worden sind. Daß Herr Salabert zum Nachweis dieser allgemein bekannten Tatsachen den Direktor des Pariser Konservatoriums H. Dubois und zwei Phonographen aufbietet, finde ich umso komischer und verwunderlicher, als ich selbst in einem Brief ihm diese Angelegenheit auseinandersetzte. Ich habe deshalb gegen das Urteil selbstverständlich sofort Berufung eingelegt. Hochachtungsvoll Paul Linde.

Marktpreise von Berlin am 23. Juni 1900

nach Ermittlungen des h. Polizeipräsidiums		Kartoffeln, neue, D.Ctr.		0,-	6,-
Weizen, gut	D.Ctr.	—	—	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,60 1,20
— mittel	—	—	—	— do. Bauch	1,30 1,-
— gering	—	—	—	Schweinefleisch	1,50 1,-
*) Roggen, gut	15,40	—	—	Rindfleisch	1,80 1,-
— mittel	—	—	—	— do.	1,60 1,-
— gering	—	—	—	Hammerfleisch	1,80 1,-
f) Gerste, gut	14,70 14,20	—	—	Butter	2,40 1,80
— mittel	14,10 13,60	—	—	Eier 60 Stück	3,60 2,20
— gering	13,50 13,10	—	—	Kartoffeln 1 kg	—
f) Hafer, gut	15,70 15,-	—	—	—	2,80 1,40
— mittel	14,90 14,20	—	—	—	2,80 1,20
— gering	14,10 13,50	—	—	—	2,40 1,-
Richtstroh	7,- 6,32	—	—	—	1,80 0,80
Heu	9,40 8,-	—	—	—	2,80 1,-
Erbsen	40,- 25,-	—	—	—	1,40 0,80
Speisebohnen	45,- 30,-	—	—	—	20,- 3,-
Linien	70,- 30,-	—	—	—	—

*) frei Wagen.
f) frei Wagen und ob Bahn.
Produktenmarkt vom 25. Juni. Getreide. Gute nahm Weizen das Hauptinteresse in Anspruch. Unter dem Einfluß erneuter Haarf in Nordamerika legte er am Frühmarkt ca. 3 R. höher ein und nach vorübergehender Abschwächung verkehrte er auch mittags wieder in feste Haltung. Bedeutende Nachfrage zeigte sich namentlich aus der Provinz. Offerten in amerikanischer Ware waren nicht vorhanden. Die Steuerungspreise notierten in erster Stunde ca. 2,50 R. höher, gaben dann aber 1 R. wieder nach, da hiesige Kommissionäre als Abgeber austraten. Am Roggenmarkt war wenig Geschäft. Russische Offerten waren nicht bedeutend, die Nachfrage war für diesen Artikel ebenfalls nicht groß. Anfangs hielten sich die Preise, gestützt durch die Weizenhaufe, 0,50 R. höher als am Sonnabend, sanken jedoch unter das vorgelegte Niveau, da von Sonnabend her nach Realisationen notwendig waren. Heller lag schwach behauptet, Weizen auf Auerka 1-1,50 R. steigend. Rindfleisch war 0,50 R. höher gehalten im Einklang mit Paris.
Spiritus loco unverändert.

Witterungsübersicht vom 25. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Stolteinde	757,2	SW	3/4	bed.	14	Caparanda	759,2	SW	2	wolkenl.	19
Damburg	757,2	SD	3/4	bed.	14	Petersburg	756,0	SD	1	wolkenl.	17
Berlin	758,2	SW	2	wolkenl.	16	Corf	757,9	SW	5	bedeckt	14
Kraukf./M.	758,2	SD	1	bed.	16	Aberdeen	756,9	SW	5	bedeckt	1
Wien	761,2	SD	2	bed.	17	Paris	758,2	SW	3	bedeckt	1
Wien	762,2	SD	1	wolkenl.	15						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 26. Juni 1900.
Ein wenig kühler, zeitweise heiter, vorherrschend wolfig mit Regenflähen und ziemlich frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soden das 39. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Unruhen in China. — Zur Frage der Neutralisierung von Gewerkschaften. Von H. v. Elm. — Schlachtopfer des Militarismus. Von Ernst Däumig. — Die Wahlen in Italien. Von Alessandro Schiavi-Rom. — Die Wahlfolge der deutschen Bundesstaaten. Von Heinrich Wepler. (Schluß.) — Literarische Rundschau: Ernst Victor Zentler, Die Weltanschauung. — Literarische Rundschau: Johannes Ruffert, Die Spinne; Ein Wäldchen Liebe („Theater der Gegenwart“); Von D. Hoch. I. Stolzmann, Kunst und Kunstgewerbe; Karl Roff, Die Tonkünstlerin; Alban Kahn, Die Bühnenkünstlerin. — Rezension: Die allerunterste Hölle. Hochachtung! Eine Unterredung von Klaus Ulrich.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

A. und S. Fragen Sie in der Güterexpedition eines hiesigen Bahnhofes nach.

Arztamt. Wir halten Ihre Anregungen hinsichtlich Verbreitung des „Sonnens“ für durchaus beachtlich. Wir werden Ihre Vorschläge den in diesen Dingen maßgebenden Stellen vorlegen.

Radsfahrer. Das Führen eines Radlos auf dem Bürgersteig wird aus verkehrspolizeilichen Gründen unterlag werden können.

A. S. Das Gesetz um Aufnahme in den preussischen Staatsverband ist an den Polizeipräsidenten zu richten. Sie hätten vorzulegen, daß Sie sich in Preußen niedergelassen haben und anhalter Staatsangehöriger sind.

Stratmann. Schriftliche Antwort zu erteilen, können wir es. Das Urteil ist rechtskräftig, weitere Schritte wären aussichtslos.

Achtung! 1. Wahlkreis. Achtung!

Am Mittwoch, den 27. Juni 1900, abends 8 1/2 Uhr, in Dräsel Festsälen, Neue Friedrichstraße 35:

Versammlung des Wahlvereins des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Tages-Ordnung:
1. Kommunal Socialismus. Referent: Genosse Dr. Leo Arons.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Achtung! Fliesenleger!

Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstrasse 33:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wird die in der letzten Versammlung gestellte Forderung zur Durchführung gebracht werden? 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Der Einberufer.

Achtung! Kistenmacher!

Mittwoch, den 27. d., abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Treten wir dies Jahr in eine Lohnbewegung? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Achtung, Maurer!

Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 Uhr:

2 Mitgliederversammlungen des Centralverbands der Maurer.

Für Wedding im Lokal Pasewalkerstraße Nr. 3.
Für Norden und Dranienburger Vorstadt in den Borussia-Sälen, Ackerstraße 6-7.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zu gutem Besuch dieser Versammlungen ladet ein 137/19

Die Verbandsleitung.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Maurer!

Heute, Dienstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal der „Gambrius-Brauerei“, Wallstraße Nr. 94:

Versammlung des Centralverbands.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Schulze über: Zweck des Verbands deutscher Maurer. 2. Die letzte Baukontrolle. 3. Gewerkschaftliches.
Zu gutem Besuch dieser Versammlung ladet ein 137/20

Der Vorstand.

Altplätzerinnen

und Wäscherinnen.

Dienstag, den 26. Juni 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Keller, Koppenstraße 29:

Große öffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Pächter-Kommission über den neuen Lohnnachh. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über den Tarif und seine Einführung. 4. Verschiedenes. 251/7

Erstein alle! Die Lohnkommission.
A. K.: Minna Rosenstengel, Pächterin, Blumenstr. 37.

Zur gef. Beachtung! Für den Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Strickwarenindustrie befinden sich Zahlstellen: Im Arbeitsnachweis von Hergt, Landwehrstr. 1 (Kant VII Nr. 376); bei Stanowsky, Kassierer, Köchlerstr. 48; in Weichenberg bei Spockmann, Kömigs-Ghauser.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 27. Juni, ab. 8 Uhr, bei Raabe, Colbergerstr. 23:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Gäste willkommen.
Um zahlr. Erscheinen der Mitglieder ersucht Die Ortsverwaltung. 64/6

